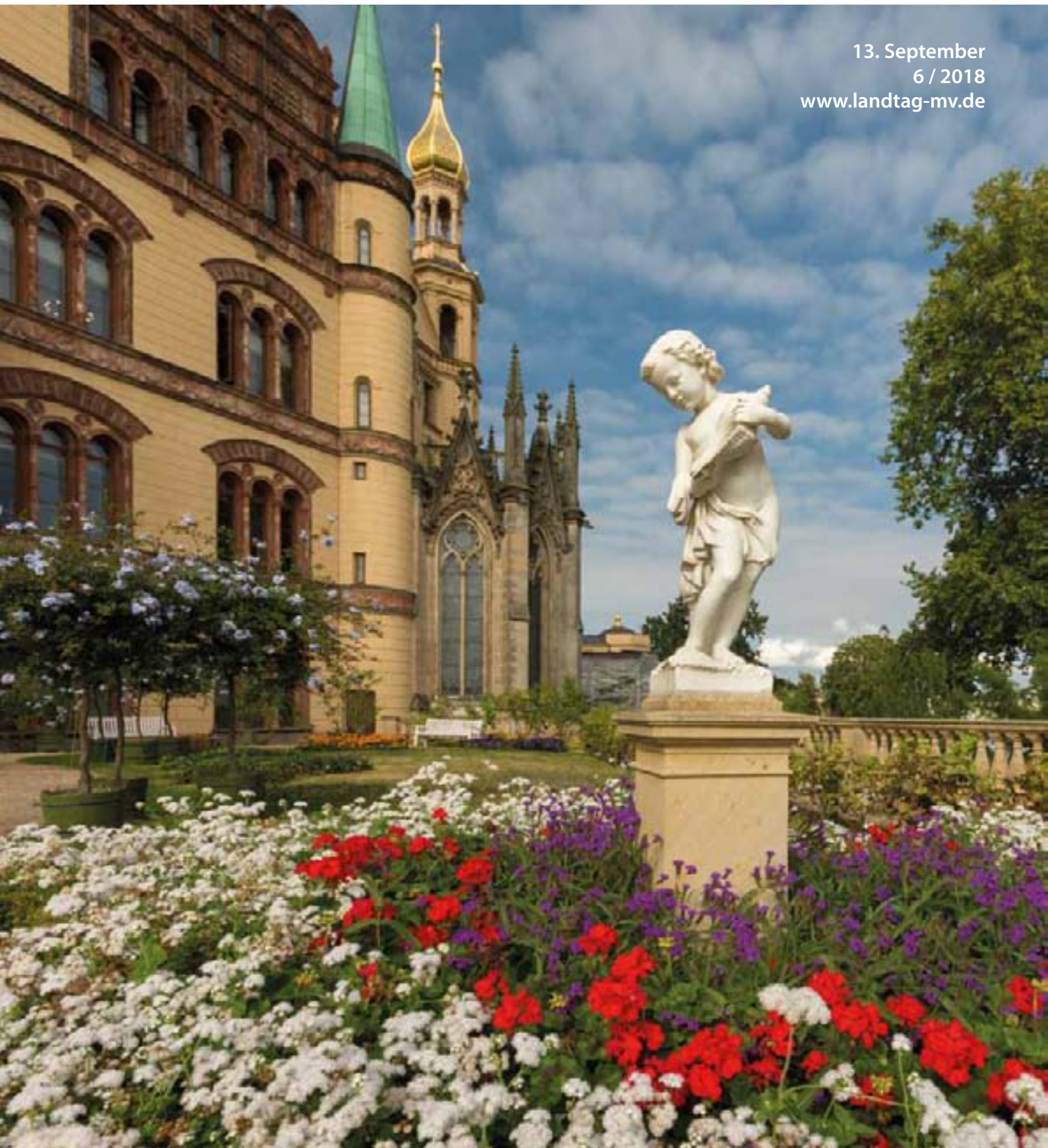


13. September  
6 / 2018  
[www.landtag-mv.de](http://www.landtag-mv.de)



+++ Rückschau auf erstes Amtsjahr von Ministerpräsidentin Schwesig +++ Mindestlohn bei öffentlichen Aufträgen  
+++ Kein landesweites Schülerticket +++ Stärkung des Wassertourismus +++ Ausschüsse im In- und Ausland  
unterwegs +++ Thailändische Prinzessin im Schloss +++ Aktuelles Baugeschehen am Schloss +++



Foto (Uwe Sinnecker): Die kleine Plastik im Burggarten des Schweriner Schlosses heißt „Allegorie des Wassers“.

3	Gastkolumne	Pastor Tilman Baier (Chefredakteur der Evangelischen Zeitung - Mecklenburgische & Pommersche Kirchenzeitung) zur Wiederwahl von Anne Drescher zur Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen der ehemaligen DDR
4 – 15	AUS DEM PLENUM	
4 – 5	Aktuelle Stunde	„Wirtschaft – Kita – Theater – Sicherheit: Mecklenburg-Vorpommern auf gutem Weg“
6 – 12	Berichte	Landesweites kostenloses Schülerticket? Wassertourismus länderübergreifend stärken Herkunftsbezeichnungen bei regionalen Produkten schützen lassen Aussprachen zu aktuellen Landesthemen
13	Gesetzgebung	Laufende und abgeschlossene Gesetzgebung
14 – 15	Weitere Beschlüsse	Wiederwahl der Landesbeauftragten für M-V für die Stasi-Unterlagen Vergaberecht – Mindestlohn bei öffentlichen Aufträgen KiföG – Eltermentlastung für Geschwisterkinder Änderung Landesverfassung (Wahl Ministerpräsident/in) Änderung Landeshochschulgesetz (Studiengebühren für Nicht-EU-Bürger) Änderung Kommunalabgabengesetz (Straßenausbaubeiträge) Juristenausbildungsgesetz (Verbeamtung von Rechtsreferendaren) Landesbeamtengesetz (Höchstalter für Verbeamtung)
16 – 20	AUS DEN AUSSCHÜSSEN	<i>Blick über den Tellerrand:</i> Finanzausschuss in Brüssel Innen- und Europaausschuss in Großbritannien Wirtschaftsausschuss in Norditalien Energieausschuss in Rostock Agrarausschuss auf Gut Groß Kelle (Mecklenburgische Seenplatte)
21 – 23	PANORAMA	Königlicher Besuch: Prinzessin Maha Chakri Sirindhorn, Schwester des Königs von Thailand, im Schweriner Schloss zu Gast Vermischtes: Erlös des Landtags-Sommerfestes gespendet Wochenende unter Sternen in der Schlosskirche Gewinnzahl 18: Auflösung des Sommerrätsels der Landtagsnachrichten Das aktuelle Baugeschehen im Schweriner Schloss
24	Chronik	

**IMPRESSUM**

Herausgeber:  
**Landtag Mecklenburg-Vorpommern**  
 - Öffentlichkeitsarbeit -  
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin  
 Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151  
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de  
 Internet: www.landtag-mv.de

**Redaktion:**

Referat Öffentlichkeitsarbeit,  
 Claudia Richter

**Layout:** Uwe Sinnecker,  
 www.uwe-sinnecker.de

**Druck:** produktionsbüro TINUS  
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.  
 Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LANDTAGSNACHRICHTEN können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.  
 Redaktionsschluss 01.09.2018



# Mit Wissenschaft und Empathie



Foto: Helen Nicolai

Tilman Baier ist Chefredakteur der Mecklenburgischen & Pommerschen Kirchenzeitung sowie der Evangelischen Zeitung aus Hamburg und Hannover.

Die Meldung, die die Nachrichtenagenturen am 27. Juni aus dem Schweriner Schloss verbreiteten, war kurz, ließ aber aufhorchen: Darin wurde berichtet, dass die bisherige Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen in Mecklenburg-Vorpommern, Anne Drescher, für eine weitere Amtszeit vom Landtag einstimmig wiedergewählt worden war.

Nicht die Wiederwahl der 56-jährigen Historikerin war dabei die News – damit wurde gerechnet. Denn Anne Drescher

Dies mag auch daran liegen, dass Anne Drescher kaum polemisiert. Wenn sie bei Veranstaltungen und in Publikationen Position bezieht, dann ist diese durch solide Forschungsarbeit untermauert. Hier ist deutlich zu spüren, dass sie Wissenschaftlerin ist – während ihrer Arbeit als Bürgerberaterin hatte sie auch noch an der Fernuniversität Hagen Geschichte und Philosophie studiert. So hatte sie im Frühjahr in der Diskussion um Zwangsadoptionen und Kindesent-

Bemühen der Landesbeauftragten um wirksame Hilfe mit der Verleihung des Anti-Doping-Preises. Dabei betonte die Vorsitzende Ines Geipelt: „Anne Drescher hat das Leidpotenzial der staatsgedopten DDR-Athleten mit echter Empathie wahrgenommen und eine belastbare Hilfsstruktur aufgebaut.“

Dieses tatkräftige Mitgefühl ist auch sonst in Anne Dreschers Biografie zu finden: Aufgewachsen ist die 1962 in Lübz Geborene in einem mecklenburgischen Pfarrhaus, das mit seinen weit geöffneten Türen Diskussionsraum und Hilfe bot für viele Nichtangepasste. Sie selbst engagierte sich früh in der Bürgerrechtsbewegung, war 1984 Mitbegründerin der „Frauen für den Frieden“ und von 1986 bis 1988 Mitglied der „Arbeitsgruppe Frieden“ der Landeskirche Mecklenburgs. Und nachdem ihr in der DDR der Zugang zu einem Universitätsstudium verweigert wurde, ergriff sie, deren Mutter Ärztin war, bezeichnenderweise den Beruf der Krankenschwester.

Diese Verbindung in ihrer Person von Empathie, dem Bemühen um sachliche Erforschung von Herrschaftsmechanismen in der SED-Diktatur sowie um Weitergabe dieses Wissens als Mahnung ist es, die Anne Drescher so richtig und wichtig im Amt der Landesbeauftragten machen.

Tilman Baier

„ Anne Drescher hat sich einen exzellenten Ruf erworben. “

hatte sich auch schon vor ihrer fünfjährigen ersten Amtszeit als Landesbeauftragte seit 1994 als Mitarbeiterin für Bürgerberatung in dieser Behörde einen exzellenten Ruf erworben. Was aufhorchen ließ, war die Einstimmigkeit ihrer Wiederwahl durch das Landesparlament. Bemerkenswert ist dabei vor allem, dass auch die Linke, mit elf Abgeordneten im derzeitigen 7. Landtag vertreten, ihre Zustimmung für eine weitere Amtszeit von Anne Drescher gegeben hat.

Durch diesen starken Rückhalt im Parlament hat sie unter den ostdeutschen Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen eine Sonderstellung. Das ist wohl auch ein Grund dafür, dass in Mecklenburg-Vorpommern die anderswo heftig geführte Debatte um einen Schlussstrich unter die DDR-Zeit nur verhalten aufkommt.

ziehungen in der DDR auf Grund der derzeitig bekannten Fakten für mehr Sachlichkeit plädiert. Es gebe keine Belege für tausende Fälle, in denen Menschen aus politischen Gründen Kinder weggenommen und zur Adoption freigegeben worden seien, erklärte sie. Einer Studie zufolge seien sieben Einzelfälle von Zwangsadoptionen belegt.

Diese wissenschaftlichen Kriterien hindern Anne Drescher allerdings nicht, sich voll Empathie um wirksame Hilfe für die Opfer zu bemühen – so auch in diesem Fall: Da in ihrer Dienststelle trotz dürftiger Faktenlage sich die Anfragen zu Zwangsadoptionen mehrten, berief sie eine Fachtagung zum Thema für Therapeuten, Ärzte und Mitarbeiter von Jugendämtern ein. Und erst kürzlich würdigte die Dopingopfer-Hilfe dieses



Thomas Krüger (SPD)



Ministerpräsidentin Manuela Schwesig



Nikolaus Kramer (AfD)

## Zeugnistag für die Landesregierung

Regierungsfractionen präsentieren vor Sommerpause ihre Erfolge / Opposition kritisiert Themenwahl der Aktuellen Stunde

27. Juni, 10 Uhr. Der Plenargang läutet die Aktuelle Stunde ein. Es ist die letzte vor der Sommerpause. Bestimmen durfte das Thema turnusgemäß die SPD. Ihre Wahl fiel auf „Wirtschaft – Kita – Theater – Sicherheit: Mecklenburg-Vorpommern auf gutem Weg“. Ein Motto, unter dem Ministerpräsidentin Manuela Schwesig – unterstützt von den beiden Regierungsfractionen – zum Ende ihres ersten Amtsjahres eine positive Bilanz zieht. Dieser setzen die Oppositionsfractionen jede Menge Kritik entgegen. Und auch die CDU als Koalitionspartner erinnert die Regierungschefin daran, dass auch schon vor ihrer Zeit „das eine oder andere“ angepackt worden sei.

In Zeiten, in denen „der bayerische Löwe laut brüllt“ und ganz Deutschland „in politische Geiselnhaft für eine Landtagswahl“ genommen werde, stehe es M-V gut zu Gesicht, ganz bewusst einen anderen Weg zu gehen, begründete SPD-Fraktionschef **Thomas Krüger** in Anspielung auf den Asylstreit in der Bundesregierung die Themenwahl seiner Fraktion. „Wir wollen nicht Angst schüren, wir wollen nicht spalten. Uns geht es darum, Mut zu machen.“ Denn: „Unser Land hat sich gut entwickelt.“ Die Arbeitslosenquote sei von mehr als 20 Prozent auf 7,4 Prozent gesunken, die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse seit 2005 um 60.000 gestiegen. Auch in den vergangenen zwölf Monaten habe die Koalition „viele Probleme gelöst“: „Die kostenfreie Kita ist auf den Weg gebracht, der Theaterpakt geschlossen.“ Dem „Sicherheitsbedürfnis der Menschen“ trage die Landesregierung mit zusätzlichen Stellen für Polizei und Gerichte Rechnung. An den „Problemen bei den Löhnen“ sei ebenfalls gearbeitet worden. Im Ergebnis liege nun das Vergabemindestlohngesetz vor: Wer öffentliche Aufträge für das Land oder die Kommunen erhalten wolle, müsse sei-

nen Mitarbeitern einen Mindeststundenlohn von 9,54 Euro zahlen. Ein Betrag, der jährlich dynamisiert werde und deshalb „relativ zügig“ die 10-Euro-Marke überschreiten werde, so Krüger. Dass der eingeschlagene Kurs stimme, spiegele sich auch in der Zufriedenheit der Menschen wider. „Heute sagen 86 Prozent, dass es sich in Mecklenburg-Vorpommern gut oder sehr gut leben lässt. Das ist ein Riesenerfolg.“

„Wir haben sofort miteinander losgelegt, wichtige Dinge angepackt, weiter vorangebracht“, resümierte **Manuela Schwesig** ihr erstes Jahr als Ministerpräsidentin. Die Wirtschaft sei vorangekommen, die Arbeitslosigkeit weiter gesunken, das schrittweise Ende der Kita-Gebühren und damit „die größte Familienentlastung und Wirtschaftsförderung des Landes“ besiegelt, der Theaterstreit beendet, ein millionenschweres Schulbauprogramm auf den Weg gebracht. Mit dem „Pakt für Sicherheit“ werde es außerdem 150 zusätzliche Stellen bei der Polizei geben. „Wir zeigen hier als Landesregierung, als Große Koalition, uns geht es um das Land. Wir suchen unsere Gemeinsamkeiten und nicht das,

was uns trennt.“ Sie räumte allerdings auch ein, dass es beim Lohnniveau weiterhin großen Nachholbedarf gebe. „Der durchschnittliche Tariflohn in Mecklenburg-Vorpommern beträgt 3.167 Euro brutto, ohne Tarif nur 2.232 Euro.“ Auch hier schaffe die Landesregierung im Rahmen ihrer Möglichkeiten Anreize, so Schwesig. Etwa mit dem neuen Vergabegesetz oder einer Wirtschaftsförderung, die bei Tariftreue höher ausfalle. „Es muss Schluss sein damit, dass unser Land als Niedriglohnland wahrgenommen wird.“ Eine große Herausforderung bleibe zudem der digitale Wandel. „Deshalb haben wir als Kabinett eine digitale Agenda auf den Weg gebracht.“ Mit einem Volumen von 1,5 Milliarden Euro. In der Gesamtschau freue sie sich über das erste gemeinsame Jahr. Das schließe auch die „faire Zusammenarbeit“ mit den Oppositionsfractionen DIE LINKE und BMV ein.

Alles „politisches Theater“, entgegnete AfD-Fraktionschef **Nikolaus Kramer**. „Es läuft in M-V – und zwar rückwärts und bergab.“ Das offenbare schon der tägliche Blick in die Zeitung: auf die Zweifel von Wirtschaft und Kommunen am Nutzen des neuen Vergabegesetzes, auf die Kritik der GEW an der fehlenden Qualitätssteigerung bei der Kinderbetreuung, auf Meldungen über zunehmende Gewalt gegen Lehrer, Rettungsanitäter und Polizisten oder Nachrichten über einen ungebrochenen Drogentrend im Land. Anstatt dieser Realität ins Auge zu blicken, gehe es in der „Dramaturgie“ der Aktuellen Stunde allein darum, der Ministerpräsidentin nach einjähriger Amtszeit „möglichst viele leuchtende Kränze umzuhängen“. „Wer sich selbst so offensichtlich ins Schaufenster stellt“, müsse dann aber auch damit leben, dass man genauer hingucke. Zum Beispiel auf die bundesweit niedrigsten Löhne und



Vincent Kokert (CDU)



Simone Oldenburg (DIE LINKE)



Bernhard Wildt (BMV)

Fotos: Uwe Sinnecker

höchsten Strompreise, auf einen zunehmenden Fachkräftemangel, auf einen schleppenden Straßen- und Breitbandausbau, einen „massiven Anstieg der Zuwanderer-Kriminalität“ und fehlendes Vertrauen der Bürger in die Sicherheit. Immer wieder zitierte Kramer dabei beispielhaft aus den Tageszeitungen im Land. „Die polizeiliche Kriminalstatistik bereitet sogar Ihrem Innenminister große Sorgen.“ Vor der Sommerpause sei es üblich, Zeugnisse zu verteilen. Sein Zeugnis für die Ministerpräsidentin: „Klassenziel nicht erreicht.“ Seine Forderung an die Landesregierung: „Weniger würde, weniger könnte, mehr machen!“

**Vincent Kokert** wunderte sich über die Presseschau der AfD. Seitenweise aus der „Ihnen sonst so verhassten Presse“ zu zitieren, sei für ihn keine Oppositionsarbeit, so der Fraktionsvorsitzende der CDU. „Da muss man von Ihnen für das Geld, was Sie bekommen, einfach mehr erwarten dürfen.“ Seiner Meinung nach könne sich Berlin „von unserer gemeinschaftlichen Koalition“ durchaus eine Scheibe abschneiden. Natürlich habe es bei den angesprochenen Themen koalitionsintern durchaus auch unterschiedliche Auffassungen gegeben. „Das Entscheidende ist aber, dass man sich am Ende einigt.“ Genau das zeichne die Koalition im Land aus. Ihn ärgere jedoch, wenn jetzt der Eindruck erweckt werde, „in der Vergangenheit haben wir hier nur auf Bäumen geschlafen“. „Wir haben auch unter Ministerpräsident Erwin Sellering durchaus das ein oder andere angepackt.“ Viele Früchte, die jetzt geerntet werden könnten, seien in erster Linie der „rigiden“ und „vielfach kritisierten“ Haushaltskonsolidierung der letzten anderthalb Jahrzehnte zu verdanken. Natürlich könne man als Opposition Innere Sicherheit, Wirtschaft, Kultur und Bildung für falsch

gewählte Themen halten. „Aber dann stellen Sie sich auch hier hin und sagen Sie, was Sie daran zu kritisieren haben. Was haben Sie gegen 150 Polizeistellen mehr?“ Kokert verteidigte, dass komplexe Entscheidungen – etwa die zur beitragsfreien Kita – mitunter mehrere Jahre in Anspruch nähmen. Im Ergebnis serviere die Landesregierung aber „keine Mogelpackung“. „All das, was wir Ihnen hier hinlegen, ist am Ende ausfinanziert.“

Wirtschaft, Kita, Theater und Sicherheit: Dieses „Sammelsurium“ erinnere sie an „das Überraschungsei eines bekannten Süßwarenherstellers“, sagte **Simone Oldenburg** (DIE LINKE). Hier gebe es sogar gleich vier Dinge auf einmal, so die Fraktionschefin. Für sich genommen hätte aber ja auch mit „Hängen und Würgen“ keines der Themen die Redezeit gefüllt. Die Elternentlastung sei bereits 300-mal angekündigt worden, „die Theaterreform an Peinlichkeit nicht mehr zu überbieten“ und M-V nach wie vor Schlusslicht beim Wirtschaftswachstum. Im Dauerstreit um die Anzahl der zusätzlichen Polizeistellen blicke kaum noch einer durch, wie viele Polizisten am Ende wirklich eingestellt würden. Und auch die zur Chefsache erklärte digitale Agenda sei nur „heiße Luft“. „Sie ist lediglich eine Aneinanderreihung von bereits existierenden Einzelprojekten. Momentan befindet sich das Land auf diesem Gebiet auf gutem Weg ins Abseits.“ Das gelte auch für die maroden Straßen, die Lücken im Nahverkehr und die zahlreichen Funklöcher im Land. Es könne doch heutzutage nicht mehr sein, dass Internetverbindungen nach einer WhatsApp den Geist aufgeben oder auf Feldern telefoniert werden müsse. Ihrer Ansicht nach führe der Kurs der Landesregierung „über Umwege und Sackgassen“ und manchmal auch „auf Abwege“. „Das mögen SPD und CDU

feiern. Wir machen bei dieser Party aber nicht mit.“

Weder „aktuell“ noch „besonders originell“, fand **Bernhard Wildt**, Fraktionschef der BMV, das Thema der Aktuellen Stunde. „Fast alles, was Sie heute gesagt haben, steht schon in Ihrer sogenannten Bürgerpost.“ Er könne verstehen, dass die SPD der Ministerpräsidentin zum einjährigen Amtsantritt eine Werbefläche bieten wolle und Frau Schwesig das für eine Art Regierungserklärung nutze. „Selbstverständlich muss ich Ihnen da aber jede Menge Wasser in Ihren Werbewein hineinkippen.“ Dass es der Wirtschaft derzeit gut gehe, sei keineswegs ein Verdienst der Landesregierung. Das habe man in erster Linie der allgemein guten Konjunktur in Deutschland, dem demografischen Wandel, wagemutigen Unternehmern und kompetenten Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu verdanken. Die kostenlose Kita, so seine Empfehlung, solle man 2020 noch einmal in einer Aktuellen Stunde debattieren. „Vielleicht ist bis dahin auch klar, wie sich der Betreuungsschlüssel, die allgemeine Qualität und die Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher verändern und ob die Träger aus den Kostensteigerungen wirklich raus sind.“ Dass die Theaterlandschaft im Land „nach sechs Jahren Spar- und Fusionsdruck“ jetzt wieder aufatmen könne, begrüße er. „Nicht schön mit anzusehen“ sei jedoch, „wie eigene Führungskräfte der SPD in diesem Stil düpiert werden“.



Die vollständige Debatte können Sie auf der Website des Landtages nachlesen (Parlamentsdokumente/Plenarprotokolle) oder auf dem YouTube-Kanal anschauen. [www.landtag-mv.de](http://www.landtag-mv.de)



## Kein Schülerticket für alle

SPD und CDU lehnen landesweite Lösung ab

■ In Mecklenburg-Vorpommern wird es auch weiterhin keinen flächendeckenden kostenlosen Nahverkehr für Schüler geben. Die Koalitionsfraktionen haben zwei entsprechende Anträge der Opposition abgelehnt. DIE LINKE hatte einen „Mobi-Pass“ gefordert, mit dem Kinder und Jugendliche, Auszubildende und Studenten „ganzjährig, landesweit und jederzeit“ kostenfrei Bus und Bahn fahren können. Der BMV schwebte ein Schülerticket für die Klassen 1 bis 12 vor, das aber zunächst in einer Modellregion getestet werden sollte. Auch hier sollten Freizeitwege mit eingeschlossen werden. Zu teuer und nicht umsetzbar, fanden SPD und CDU. Damit müssen Familien auch künftig darauf setzen, dass Kommunen eigene Angebote schaffen. Wie zum Beispiel im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte: Hier können Schüler jetzt, unabhängig von Entfernungen, kostenlos zur Schule fahren.

„Wir möchten mit dem Schülerticket sicherstellen, dass sich Kinder und Jugendliche freier bewegen können. Das ist ein wichtiger Ansatz, gerade im ländlichen Raum“, begründete Fraktionschef **Bernhard Wildt** den Vorstoß der BMV. Den Antrag habe seine Fraktion dabei bewusst „etwas offener“ gehalten, weil sie die Kosten dafür noch nicht abschätzen könne. „Aus meiner Sicht sind sie aber überschaubar“, schließlich gehe es um bereits bestehende Buslinien. „Man muss es einfach mal drauf ankommen lassen“, in einer Region starten „und dann sehen, wie wir es weiter ausbauen können“. Wichtig sei, dass die Kinder und Jugendlichen das Ticket auch in ihrer Freizeit nutzen können und „wir einen Einstieg in das Thema Verkehrsverbund bekommen“. Dass einzelne Kommunen bei dem Thema bereits aktiv



Foto: Jens Büttner

Mobilität hat für Schülerinnen und Schüler vor allem in ländlichen Regionen oberste Priorität.

werden, entlasse die Landesregierung aber nicht aus der Verantwortung, „eine Einheitlichkeit“ herzustellen. „Wir müssen sicherstellen, dass wir da jetzt nicht eine neue Ungleichheit bekommen, weil der eine Landkreis so ein Ticket eingeführt hat, der andere nicht und Kinder dann vollkommen unterschiedlich gestellt werden.“

Solche „Flickenteppiche“ und „Inselösungen“ wolle auch ihre Fraktion vermeiden, unterstrich **Dr. Mignon Schwenke** (DIE LINKE). „Unser Antrag soll bewirken, dass die Landesebene den in Gang gesetzten, sehr dynamischen Prozess aktiv unterstützt und zu einer richtig runden Sache macht“, die nicht von Kreisgrenzen abhängt. Mit einem „Mobi-Pass“ allein sei es aber nicht getan. „Wir wollen eine Initialzündung für den öffentlichen Nahverkehr bewirken.“ Dazu müsse das Angebot an sich verbessert werden, vor allem im ländlichen Raum. Ohne vernünftige Anbindungen sei der öffentliche Nahverkehr für viele Menschen keine Option. Da bringe auch eine kostenlose Mitfahrgelegenheit nur wenig. Hier sieht DIE LINKE die Landesregierung in der Pflicht, „zusätzliches Landesgeld“ in die Hand zu nehmen. „Wir gehen davon aus, dass es 60 bis 65 Millionen Euro pro Jahr sein könnten.“ Vom Vorschlag der BMV, das Schülerticket zunächst nur in einer Region zu testen, halte sie nichts, so Schwenke. Die entstehenden Kosten könne man nicht einfach pauschal auf andere Kommunen hochrechnen. „Da-

für sind die Bedingungen in den Regionen viel zu unterschiedlich.“

Er könne das Ansinnen gut verstehen, sagte Infrastrukturminister **Christian Pegel**. Nur: Wer solle das bezahlen? Er warnte davor, nach außen den Eindruck zu vermitteln, das Land könne sich die Erfüllung aller Wünsche leisten – wolle es nur nicht. Anstatt „spendierhosenmäßig mit Landesgeld umzugehen“, müssten die Antragsteller auch ehrlich sagen: „Was mache ich stattdessen nicht?“ Die beitragsfreie Kita vielleicht? Den Leuten ständig das Gefühl zu geben, „die Bäume könnten ins Wolkenlose wachsen“, erzeuge nur „Frustration und Niederlagen“. „Das halte ich für nicht glücklich im demokratischen Miteinander.“ Pegel erinnerte daran, dass es Aufgabe der Kommunen sei, den Nahverkehr – und damit auch die Schülerbeförderung – zu regeln. Er habe großes Vertrauen, dass die Kreise und kreisfreien Städte in dieser Frage „klug agieren“. Das könne natürlich im Ergebnis zu regional unterschiedlichen Lösungen führen. „Aber das ist doch gerade die Idee von kommunaler Selbstverwaltung.“ Dass der Vorschlag der BMV kein zusätzliches Geld kosten werde, bezweifelte er. „Ich glaube, das passt nicht zu dem, was hier beantragt ist.“ Ohne finanziellen Mehraufwand ließe sich so ein System gar nicht umsetzen.

„Eine kostenfreie öffentliche Mobilität gibt es nicht“, schloss sich **Dr. Gunter Jess** (AfD) an. Einer müsse immer die

Kosten tragen. „Es fragt sich nur, wer?“ Ein landesweites kostenloses Schülerticket bringe auch nicht automatisch mehr Gerechtigkeit und Teilhabe für Kinder und Jugendliche mit sich. Dem stehe die schlechte Versorgungsdichte in ländlichen Regionen entgegen. „Sie finanzieren praktisch mit dem kostenlosen Schülerticket die Schüler der Ballungszentren.“ Bei den prognostizierten Kosten von rund 60 Millionen Euro werde es auch nicht bleiben. Diese Zahl habe der Städte- und Gemeindetag bei einer Anhörung im Ausschuss nur in Bezug auf einen landesweiten Mobi-Pass in den Raum gestellt. Qualitätssteigerungen wie bessere Touren oder Taktfrequenzen seien darin nicht mit eingerechnet. Der Antrag der Linken berge daher viele „unkalkulierbare Risiken“. Jess plädierte für ein mehrstufiges Modell, das je nach Zielgruppe und Reichweite kostenfrei gestellt oder mit Eigenbeteiligungen versehen werde. „Lieber Qualität und damit Kosten für die Nutzer als eine schlechte Qualität, die kostenlos angeboten wird.“

DIE LINKE überbiete sich nach Ansicht von **Dietmar Eifler** (CDU) mit jeder Debatte zu diesem Thema selbst in ihren Forderungen. Da habe sich eine „unkontrollierte Eigendynamik“ entwickelt. „Sie erwecken den Eindruck, dass der ÖPNV den Mobilitätsbedarf der Menschen im Land zu nahezu 100 Prozent abdecken kann. Das ist nicht realistisch.“ Weder in Bezug auf die Quantität noch auf die Qualität. „Wie Sie das alles finanzieren wollen, lassen Sie offen.“ Er sei froh, dass DIE LINKE keine Regierungsverantwortung trage. „Dann wäre das Land möglicherweise schon bankrott.“ Die unterschiedlichen Herangehensweisen der Landkreise bewertet auch er als Zeichen einer funktionierenden kommunalen Selbstverwaltung. Pauschale Lösungen würden den vielen unterschiedlichen regionalen Bedingungen in Sachen Mobilität nicht gerecht. „Ich kann die Stadt Rostock doch nicht mit dem Landkreis Vorpommern-Rügen oder der Mecklenburgischen Seenplatte vergleichen.“ Umso wichtiger sei es, vor Ort Lösungen zu finden. Er glaube, dass das auf kommunaler Ebene „in guten Händen“ liege und die Kommunen mit dieser Aufgabe auch „verantwortungsvoll umgehen“. „Jeder, der seine Schul- oder Berufs-

schulpflicht erfüllt, muss die Möglichkeit haben, kostenlos zur Erfüllung dieser Pflicht zu kommen. In dem Moment, wo die Fahrt dorthin etwas kostet, ist die Bildung in Mecklenburg-Vorpommern nicht kostenlos“, betonte **Simone Oldenburg**, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. Daran würde auch der Vorschlag der BMV nicht ändern. „Sie grenzen alle Auszubildenden aus“, ebenso wie beispielsweise Kinder in Diagnoseförderklassen, kooperativen Bildungseinrichtungen oder Fachgymnasiasten der 13. Klasse. „Mit unserem Antrag fahren hingegen alle Kinder und Jugendlichen kostenlos zur Schule.“ Wenn bei der Schülerbeförderung wirklich alles so „in Butter“ wäre, wie Herr Eifler glauben machen wolle, stelle sich die Frage, warum die CDU alle zwei Jahre mit einem Antrag für Azubi-Tickets „um die Ecke komme“. „Dann müssten Sie mal mit Ihrer Fraktion reden, warum Sie hier etwas einbringen, was überhaupt nicht Not tut.“ Wer sich Chancengleichheit oder Chancengerechtigkeit in der Bildung auf die Fahnen schreibe, der könne nicht anders, als die Anträge zumindest in die Ausschüsse zu überweisen.

„Wer für Chancengerechtigkeit oder Chancengleichheit ist, der kann nicht nur diese Anträge ablehnen, der muss es auch“, konterte **Jochen Schulte** (SPD). „Chancengerechtigkeit und Chancengleichheit bedeutet auch, verantwortungsvoll mit Geld umzugehen.“ Vor allem mit Geld für Aufgaben, für die das Land gar nicht zuständig sei. Er könne sich nicht daran erinnern, dass die Landesregierung im Keller einen Fotokopierer stehen habe, der die Euroscheine dafür drucke. Wer erwarte, dass sich das Land in die Zuständigkeiten der Kommunen einmische, der müsste konsequenterweise auch den Antrag stellen, die kommunale Selbstverwaltung in diesem Bereich abzuschaffen. An diesem Punkt machten sich die Antragsteller aber „einfach vom Acker“. Von dem Vorschlag der Linken, dass der Bund seine Regionalisierungsmittel für Bus und Bahn ohne Umweg über das Land direkt an die Kreise auszahlen solle, halte er nicht viel. Dann müssten vermutlich rund sieben Millionen Euro Umsatzsteuer an den Bund zurückfließen, rechnete Schulte vor. „Millionen von Euro, die Sie dem Nahverkehr entziehen wollen,

ohne dass es irgendeine qualitative Veränderung gegeben hat.“

„Geld allein ist kein Argument, um sich nicht mit dem Thema zu beschäftigen“, resümierte **BMV-Fraktionschef Bernhard Wildt**. „Wenn das so wäre, könnten wir unsere Plenarwoche deutlich verkürzen, denn es gibt ganz viele Themen, die irgendetwas mit Geld zu tun haben – und die kommen nicht immer von der Opposition.“ Auch den Verweis auf die Zuständigkeiten lasse er nicht gelten. In anderen Bundesländern hätten Landesregierungen trotzdem etwas auf den Weg gebracht. „Was mich wirklich enttäuscht, Herr Minister: Dass Sie überhaupt keine Ambitionen haben, sich in diesem Bereich zu betätigen, einen Verkehrsverbund ins Leben zu rufen und erfolgreichen Bundesländern im Bereich Personennahverkehr mal so ein bisschen nachzueifern.“ Stattdessen werde sich selbst einer Ausschussberatung verweigert. „Ihre Argumente haben überhaupt nicht überzeugt.“

Antrag BMV Drucksache 7/2245

Antrag DIE LINKE 7/2250



Die Organisation des Schülertransports ist Sache der Kommunen.

Foto: Jens Büttner

YouTube

In der Debatte meldeten sich noch weitere Redner zur Wort. Die vollständigen Redebeiträge finden Sie zum Nachlesen auf der Website des Landtages (Parlamentsdokumente/Plenarprotokolle) oder zum Nachhören auf dem YouTube-Kanal: [www.landtag-mv.de](http://www.landtag-mv.de)

## Drei Parlamente in einem Boot

Wassertourismus  
länderübergreifend stärken

■ In Mecklenburg-Vorpommern kein Wasser vor Augen zu haben – das ist fast unmöglich. Wie ein Spinnennetz ziehen sich Seen, Flüsse und Kanäle durchs ganze Land. Zusammen mit den Gewässern in Berlin und Brandenburg bilden sie das größte zusammenhängende Wasserstraßennetz Deutschlands. Das sehen die drei Bundesländer nun aber in Gefahr. Denn der Bund plant, wenig genutzte Nebenwasserstraßen zu renaturieren und für Motorboote zu sperren. Durch eine neue Einstufung der Bundeswasserstraßen müsste er sich außerdem um weniger Schleusen kümmern. Diesen Plänen wollen die drei Länder gemeinsam entgegenwirken. Deshalb folgte der Landtag einstimmig einem Antrag der SPD/CDU-Koalition, mit dem die Landesregierung aufgefordert wird, sich beim Bund dafür einzusetzen, dass Nebenstrecken für Motorboote offen bleiben und ein Sofort-Investitionsprogramm für Schleusen ins Leben gerufen wird. Darüber hinaus wollen M-V, Brandenburg und Berlin ihre Zusammenarbeit im Wassertourismus ausbauen. Der Landtag in Brandenburg hatte im Mai einen fast wortgleichen Antrag beschlossen.

„Nicht nur die Küstenabschnitte der Ostsee locken jährlich tausende Besucher in unser Bundesland. Auch die Flüsse und Seen üben einen nicht zu unterschätzenden Reiz auf Touristen aus“, sagte **Susann Wippermann** (SPD). Der Wassertourismus habe sich sowohl für Mecklenburg-Vorpommern als auch für Brandenburg und Berlin zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor entwickelt – bei dem der Schuh jedoch länderübergreifend an den gleichen Stellen drücke: bei der Befahrbarkeit der Nebenwasserstraßen, bei maroden Schleusen und



Foto: Jens Büttner

*Wassertouristik ist für M-V ein wichtiger Wirtschaftsfaktor - bilden doch die unzähligen Seen, Flüsse und Kanäle zusammen mit den Gewässern in Brandenburg und Berlin das größte zusammenhängende Wasserstraßennetz Deutschlands.*

mangelnder Kooperation der Länder. Hier müssten alle Betroffenen gemeinsam handeln. „Um Ufer, die durch Flüsse getrennt werden, zu vereinen, baut man Brücken. Unsere Brücke soll dieser Antrag werden, den wir zusammen mit den Brandenburger Kollegen erarbeitet haben.“ Ziel sei, dass alle drei Länder „mit einer Stimme sprechen, um den Forderungen, die vor allem an die Bundesregierung gerichtet sind, mehr Gewicht zu verleihen“.

Welchen hohen Stellenwert der Wassertourismus für Mecklenburg-Vorpommern hat, machte Wirtschaftsminister **Harry Glawe** an mehreren Zahlen fest. An 350 Wasserwanderrastplätzen, Marinas und Sportboothäfen, 14.000 Liegeplätzen an den Küsten und 7.700 im Binnenland. An 1.400 Anbietern mit 7.000 Beschäftigten. An 368 geförderten Maßnahmen und Investitionen von fast 600 Millionen Euro. Der Wassertourismus verzeichne seit Jahren überdurchschnittliche Zuwächse. Umso mehr beunruhigten ihn die Bestrebungen des Bundes, sich zunehmend aus der Verantwortung für den Erhalt und die Unterhaltung der Bundeswasserstraßen zu ziehen. Viele Schleusen befänden sich in einem „baukritischen Zustand“. In den kommenden zehn Jahren müssten schätzungsweise 85 Prozent der Schleusen „unbedingt saniert werden“. Anstatt dieser Tatsache aus dem Weg zu gehen, sollte der Bund ein entsprechendes Sofortprogramm auflegen. Auch Einschränkungen für den Bootsverkehr

seien nicht hinnehmbar. „Wir brauchen eine durchgängige Befahrbarkeit des Gewässersystems.“ Demnächst werde es dazu auch Gespräche mit dem Bundesverkehrsministerium geben, kündigte Glawe an. Die länderübergreifende Initiative verleihe den Argumenten dabei noch mehr Nachdruck.

Als langjähriger Freizeitkapitän habe er sich „richtig gefreut“ über diesen Antrag, betonte **Dirk Lerche** (AfD). „Wassertourismus ist eine wichtige Möglichkeit, den Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern noch zu steigern.“ Dabei aber nur in Richtung Brandenburg und Berlin zu blicken, greife zu kurz. Seine Fraktion schlage vor, auch Schleswig-Holstein und Hamburg einzubeziehen. Schließlich seien auch sie auf Wasserwegen mit M-V verbunden. „Das Ein- und Ausfallstor ist hier die Schleuse bei Dömitz.“ Gemeinsam mit der Metropolregion Hamburg ließe sich seiner Meinung nach der Wassertourismus „noch viel stärker vermarkten“. Diesen Zug dürfe man auch mit Blick auf internationale Mitbewerber nicht verpassen. „Polen holt mit der Entwicklung der Masurischen Seenplatte mächtig auf. Nicht, dass es uns irgendwann die ganzen Touristen wegschnappt.“

Mit ihren Plänen, die Wasserstraßen neu zu ordnen, habe die Bundesregierung nach Ansicht von **Henning Foerster** (DIE LINKE) für viel „Nervosität in den Regionen“ gesorgt. Bis heute wisse niemand so richtig, was genau die Ber-





Foto: Jens Büttner

In der Saison finden ca. 47.000 Schleusungen auf den Mecklenburger Wasserstraßen statt.

liner Große Koalition vor habe. „Da hilft auch kein Blick in den Koalitionsvertrag.“ Der spreche nur allgemein von neuen Prioritäten und hinterlasse viele Fragezeichen. Dass sich Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Berlin nun gemeinsam in ein Boot setzen, um die Wasserstraßen auch in Zukunft durchgängig befahrbar zu halten, sei folgerichtig. Erreichen lasse sich das Ziel aber nur, wenn der Bund als vierter Passagier mit an Bord komme. „Er darf sich dabei nicht als blinder Passagier in der Kajüte verstecken, sondern muss sich insbesondere mit Blick auf Finanzierungsfragen auf die Brücke stellen und die Kapitänsmütze aufsetzen. Aus der Verantwortung dürfen wir ihn auch nicht entlassen.“ Foerster bedauerte, dass die Regierungsfaktionen in M-V – anders als in Brandenburg – die Opposition nicht mit in den Antrag einbezogen haben. „Das ist schade.“

Der Wassertourismus stehe schon seit Langem vor großen Herausforderungen, verdeutlichte **Wolfgang Waldmüller** (CDU). Seit das Bundesverkehrsministerium das Bundeswasserstraßennetz 2012 in Haupt- und Nebenwasserstraßen aufgeteilt habe, würden letztere auch nur „nebenbei“ behandelt. Besonders deutlich sei das

bei den Schleusen zu spüren. „Da ist ein hoher Verschleiß“ und „bitterer Investitionsstau“. Auch das Wassertourismus-Konzept des Bundes berge die Gefahr, touristisch bedeutsame Wasserwerke in ihrer Nutzung erheblich einzuschränken. Besonders kritikwürdig sei die mangelnde Einbeziehung der Länder in die Planung solcher Programme. Hier hätten frühere Anträge des Landtages aber bereits Früchte getragen: „Mecklenburg-Vorpommern ist jetzt im Beirat ‚Blaues Band‘ vertreten.“ Der jetzige Antrag verstetige deshalb einmal mehr die bisherigen Bemühungen des Landes bei diesem Thema. „Wassertourismus auf Sparflamme nutzt nichts.“ Vor diesem Hintergrund habe es sehr wohl auch Gespräche mit Schleswig-Holstein und Hamburg gegeben. Diese hätten jedoch deutlich gemacht, von der Problematik nicht betroffen zu sein, so Waldmüller.

**Ralf Borschke** (BMV) warnte vor den Folgen, die ein finanzieller Rückzug des Bundes mit sich bringen würde. Jeder könne sich ausmalen, was dann passiere: „Fehlende Pflege und Sanierung würden eine Schiffbarkeit in weiten Teilen unmöglich machen.“ Naturschützer würde das sicherlich freuen. Die Folgen für den Wasserhaushalt und den Wirt-

schaftsfaktor wären jedoch enorm. Am Ende gehe es wieder einmal „um Regionen, die besonders abgehängt sind und in der Konsequenz weiter abgehängt würden“. Folgerichtig müsse sich das Land für ein Investitionsprogramm einsetzen. „Vernetzte und durchgängige Wasserstraßen sind ein Gut, mit dem wir wuchern können.“ Dazu gehöre letztlich aber auch, neue Tourismusgebiete zu erschließen.

**Susann Wippermann** (SPD) zeigte sich überrascht über den breiten Konsens zum Antrag. „Ich hätte gedacht, dass der ein oder andere das Härchen in der Suppe findet.“ Dass die Landesregierung vor ersten Gesprächen mit dem Bund stehe, sei erfreulich. „Wir werden natürlich sehr genau verfolgen, welche Ergebnisse diese finden.“ Dass sich der Antrag nur auf M-V, Brandenburg und Berlin konzentriere, habe einen guten Grund: „Es geht um das Wassersportrevier, das unsere drei Bundesländer betrifft.“ Das schließe ja nicht aus, dass andere Landtage ähnliche Anträge einbringen. Erste Signale aus anderen SPD-Fraktionen habe es bereits gegeben.

Antrag SPD/CDU-Koalition  
Drucksache 7/2257

Änderungsantrag AfD Drucksache 7/2308

## Ungeschützte Vielfalt

AfD fordert, Herkunft regionaler Spezialitäten besser zu schützen

■ Thüringer Rostbratwurst, Dresdner Christstollen, Lübecker Marzipan, Schwarzwälder Schinken, Schwäbische Spätzle – so regional und kulinarisch unterschiedlich diese Spezialitäten auch sind, eines haben sie gemeinsam: Ihre Herkunft ist EU-weit geschützt. Ebenso wie die von rund 90 weiteren Lebensmitteln aus Deutschland. Nicht mit dabei: Produkte aus Mecklenburg-Vorpommern, moniert die AfD. Ihre Forderung an die Landesregierung, das zu ändern, stieß auf breite Ablehnung. Hauptargument: fehlende Zuständigkeit.

Ob Mecklenburger Rippenbraten, Fisch, Käse, Fleisch- oder Sanddornprodukte: Auch Mecklenburg-Vorpommern könne mit einer ganzen Reihe von Erzeugnissen aufwarten, die seit Langem weit über die Region hinaus bekannt seien – vielfach aber nur noch dem Namen nach aus Mecklenburg oder Vorpommern kämen, erklärte **Dirk Lerche** (AfD). „Die meisten Bürger empfinden das als Verbrauchertäuschung.“ Deshalb werde es Zeit, dass sich die Landesregierung besser um den Schutz geografischer Herkunftsangaben kümmere und damit die regionale Wertschöpfungskette stärke. Denn: Mit einem Schutzstatus müsse mindestens eine der Produktionsstufen Erzeugung, Verarbeitung und Herstellung im Herkunftsgebiet durchgeführt werden. „Etwas knifflig ist das natürlich mit der Bezeichnung Pommern.“ Hier setze er auf eine länderübergreifende Zusammenarbeit mit den entsprechenden polnischen Woiwodschaften.

Wirtschaftsminister **Harry Glawe** empfahl dem Landtag, den Antrag abzulehnen. „Die Landesregierung ist der falsche Adressat.“ Einen Schutzstatus zu beantragen, sei „Erzeugervereinigungen und im Ausnahmefall auch



Foto: Jens Büttner

Zu den bundesweit bekannten Produkten aus Mecklenburg-Vorpommern gehören auch die Grabower Küsschen.

einzelnen Erzeugern“ vorbehalten. „Nur diese können einen Antrag stellen, um ihre eigenen Produkte zu schützen.“ Die Landesregierung könne diesen Prozess lediglich unterstützen. „Und das tut sie auch nach Kräften“ mit Informationen und finanziellen Hilfen für Erzeugervereinigungen. „Die Landesregierung wirkt also bereits im Rahmen der Möglichkeiten auf die vermehrte Inanspruchnahme von geografischen Herkunftsangaben durch Erzeuger hin“ – und werde dies auch ohne den Antrag weiter fortsetzen, so Glawe.

Jeder, der sich auch nur ein bisschen mit dem Thema und den Zuständigkeiten beschäftigt habe, könne den Antrag sofort als „klassisches Beispiel eines „Schaufensterantrags“ enttarnen, fand **Dr. Wolfgang Weiß** (DIE LINKE). Das sei „reiner Populismus“, weit weg vom „Einkauf der Arbeit im Parlament“. Dieses basiere auf „Recherche“, „Interpretation gesetzlicher Grundlagen“ und „Fakten“. „Adressieren Sie Ihre Forderungen richtig“ und „hören Sie auf, populistischen Unfug zu beantragen, sonst wird es mit einer Zustimmung des Parlaments zu irgendeinem Ihrer Anträge nichts“.

### Regionale Spezialitäten ...

... können in der EU in drei Kategorien geschützt werden:

1. Die „geschützte Ursprungsbezeichnung“: Hier muss das Produkt in einem bestimmten geografischen Gebiet nach einem festgelegten Verfahren erzeugt, verarbeitet und hergestellt werden. Beispiele dafür sind Allgäuer Emmentaler, Lüneburger Heidschnucke, Stromberger Pflaume, Roquefort, Parmaschinken und Büffelmozzarella.
2. Die „geschützte geographische Angabe“: In diesem Fall muss mindestens eine der drei Produktionsstufen im Herkunftsgebiet stattfinden. Das dafür verwendete Rohmaterial kann aber aus

einer anderen Region stammen. Beispiele dafür sind Schwäbische Spätzle, Nürnberger Lebkuchen, Beelitzer Spargel, Dresdner Christstollen, Thüringer Rostbratwurst, Schwarzwälder Schinken und Lübecker Marzipan.

3. Die „garantiert traditionelle Spezialität“: Hier muss die Zusammensetzung oder Herstellung eines Erzeugnisses festgelegte Kriterien erfüllen. Der geografische Ursprung spielt dabei keine Rolle. Entscheidend ist allein, dass man sich an traditionelle Rezepturen oder Herstellungsverfahren hält. Beispiele aus dieser Kategorie sind der Serrano-Schinken, Heumilch, Mozzarella und Pizza Napoletana.



„Ich will mich in dem Maß mit dem Antrag beschäftigen, wie es wirklich angebracht ist: Da ist jedes Wort zu viel“, sagte **Jochen Schulte** (SPD) kurz und knapp.

**Dr. Matthias Manthei** (BMV) verstand den Antrag in der Gesamtbetrachtung als Appell an die Privatwirtschaft: „Sichern Sie sich selbst eine gute Marktposition, indem Sie für die Eintragung von geografischen oder Ursprungsbezeichnungen Ihrer Produkte Sorge tragen.“ Hier gehe es um „Erfindungsgeist und Geschäftssinn“ von Produzenten. Der Staat könne an der Stelle bestenfalls unterstützend tätig werden. Aber all das

sei ja schon aus der Antwort der Landesregierung auf eine entsprechende Kleine Anfrage des AfD-Abgeordneten Lerche hervorgegangen – weshalb er sich frage, warum die AfD ihren Antrag vor diesem Hintergrund nicht zurückgenommen habe.

Auch für **Burkhard Lenz** (CDU) ist zu diesem Antrag bereits alles gesagt. „Er liegt hier an der falschen Stelle. Es gibt genug Vereinigungen, die sich um die Herkunftsbezeichnung kümmern.“

„Eines hat der Antrag jedenfalls bewirkt: Alle haben sich damit beschäftigt“, fasste **Dirk Lerche** (AfD) die Debatte

für seine Fraktion zusammen. Vielleicht gebe das auch der Landesmarketinggesellschaft „ein paar Anschläge“. Er jedenfalls hätte sich offen gezeigt, die Anregungen in den Ausschüssen noch einmal aufzugreifen und den Antrag dort zu verbessern. „Dann hätten wir vielleicht alle gemeinsam etwas für unser Land geschafft.“

*Antrag AfD-Fraktion  
Drucksache 7/2237*

*Antworten der Landesregierung auf  
Kleine Anfragen des AfD-Abgeordneten*

*Dirk Lerche zum Thema*

*Herkunftsbezeichnungen*

*Drucksachen 7/2205 und 7/2212*

## Musik am besonderen Ort

Festspiele Mecklenburg-Vorpommern zu Gast im neuen Plenarsaal



Foto: Landtag M-V

■ Im Rahmen der Konzertreihe „Unerhörte Orte“ wurde der neue Plenarsaal des Landtages am 27. Juli zum Konzertsaal: Musikerinnen und Musiker des Berliner „STEGREIForchesters“ spielten Werke von Brahms und Beethoven. Der Name des Ensembles war nicht nur für die Musik Programm, die Künstler eroberten sich mit großer Experimentier-

freude quasi im Stehgreif den ungewöhnlichen Konzert-Raum. Das Experiment kam an, die Gäste und Akteure genossen das Musikerlebnis in dem Saal, wo normalerweise nicht Instrumente miteinander kommunizieren, sondern Parlamentarier. Seit ihrer Gründung im Jahr 1990 haben sich die Festspiele Mecklenburg-

Vorpommern zum drittgrößten Klassikfestival Deutschlands entwickelt. Als Spielstätten fungieren herrschaftliche Anwesen, prunkvolle Schlossparks, Backsteinkathedralen, Bauernscheunen, Fabrikhallen oder – im Schweriner Schloss erstmals – der Plenarsaal des Landtages.



## Aussprachen

Öffentliche Plenardebatten zu Landesthemen

■ Wenn das Landesparlament tagt, debattieren oder beschließen die Abgeordneten nicht nur Gesetzentwürfe oder Anträge. Die Fraktionen können landesrelevante Themen auch als Aussprache auf die Tagesordnung setzen. Das Grundanliegen ist das gleiche: Öffentlichkeit für einen Sachverhalt herzustellen. Anders als bei Gesetzentwürfen oder Anträgen findet am Ende dazu aber keine Abstimmung statt. In der Juni-Sitzung gab es folgende Aussprachen:

### „Auswirkung des BAMF-Skandals auf Mecklenburg-Vorpommern“

Die AfD legte den Fokus der von ihr beantragten Aussprache auf die beschleunigten Asylverfahren des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Sie bezweifelte, dass aufgrund der Masse an Anträgen in Mecklenburg-Vorpommern alle Fälle ordnungsgemäß entschieden wurden.

### „Keinen Überwachungswahn nach bayerischem Vorbild“

DIE LINKE thematisierte in der von ihr beantragten Aussprache das neue bayerische Polizeiaufgabengesetz und sprach sich dagegen aus, ähnliche weitreichende Befugnisse der Polizei – zum Beispiel ohne konkreten Verdacht zu ermitteln, Telefone abzuhören oder Daten auszulesen – auch in Mecklenburg-Vorpommern einzuführen. Hier brauche es ein deutliches Signal des Landtages gegenüber der Landesregierung, so die Oppositionsfraktion.

### „Neutralitätsgebot an Schulen achten – Indoktrination unterlassen“

in der von der AfD auf die Tagesordnung gesetzten Aussprache forderte diese, eine einseitige Beeinflussung junger Menschen an Schulen zu unterlassen und bezog sich dabei auf zwei Beispiele: Zum einen hatte Bildungsministerin Birgit Hesse vor der Bürgermeisterwahl in Wismar zusammen mit dem zur Wie-



Die Plenarsitzungen sind öffentlich. Gruppen können sich über den Besucherdienst anmelden. Einzelbesucher haben im Rahmen der verfügbaren Besucherplätze Zutritt, brauchen für den Sicherheitscheck lediglich ihren Personalausweis.  
Foto: Uwe Sinnecker

derwahl aufgestellten Bürgermeister mehrere öffentliche Schulen besucht. Zum anderen hatte der Schulleiter einer freien Schule in Güstrow einem AfD-Vertreter die Teilnahme an einer Podiumsveranstaltung verwehrt, die im Zusammenhang mit einer Wanderausstellung der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten“ (VVN) an der Schule stand, die sich kritisch mit der AfD auseinandersetzte.

### „Zukunft der kleinen Küstenfischerei in Mecklenburg-Vorpommern“

Die BMV initiierte eine Aussprache zum drohenden Herings-Fangverbot in der westlichen Ostsee. Werde dies, wie vom Internationalen Rat für Meeresforschung vorgeschlagen, tatsächlich ausgesprochen, stünden viele Betriebe der kleinen Küstenfischerei vor dem Aus.

### „Zukunft der Theater- und Orchesterstrukturen“

Unter diesem Tagesordnungspunkt brachte die Fraktion DIE LINKE den im Juni verabschiedeten Theaterpakt aufs Tableau. Sie warf der Landesregierung vor, mit ihrem „Spardiktat“ der vergangenen Jahre vieles kaputtgemacht zu haben und auch mit den jetzigen Vereinbarungen keinen „Heilsbringer“ geschaffen zu haben. Hintergrund: Nach vielen Jahren des Ringens um eine Theaterreform hat die Landesregierung diese Pläne aufgegeben und allen vier

Mehrpartenhäusern im Land eine Bestandsgarantie gegeben.

### „Vorbildfunktion Rechnung tragen – Restriktive Regelungen für den Abschluss von Zeitverträgen in Landesministerien und Landesbehörden durchsetzen“

In dieser Aussprache wandte sich DIE LINKE gegen Befristungen im Allgemeinen und sachgrundlose Befristungen im Speziellen in den Landesbehörden. Diese gebe es in nahezu jedem Ministerium. Nachdem Ministerpräsidentin Manuela Schwesig vor einiger Zeit eine entsprechende Überprüfung angekündigt hatte, wollte DIE LINKE nun wissen, was diese ergeben habe und was sich künftig an der Einstellungspraxis der Landesbehörden ändern werde.



Die Debatten dazu können Sie auf der Website des Landtags nachlesen (Parlamentsdokumente/Plenarprotokolle) oder auf dem YouTube-Kanal anschauen: [www.landtag-mv.de](http://www.landtag-mv.de)

## Laufende Gesetzgebung

Stand: 10.07.2018

Drs.-Nr.	Initiator	Gesetz	Federführender Ausschuss	Beratungsverlauf
7/1571	LReg.	Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	-	
7/1983	AfD	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes M-V – Abschaffung der Pflicht zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen	Innen- und Europaausschuss	1. Lesung 28.01.2018 2. Lesung 25.04.2018 in Beratung
7/2152	BMV	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes M-V	-	1. Lesung 25.04.2018 in Beratung
7/2153	BMV	Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Nichtraucherschutzgesetzes für das Land Mecklenburg-Vorpommern	-	1. Lesung: 30.05.2018 Überweisung abgelehnt
7/2154	BMV	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Fischereigesetzes für das Land Mecklenburg-Vorpommern	-	1. Lesung: 30.05.2018 Überweisung abgelehnt
7/2241	LReg.	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Psychischkrankengesetzes	Wirtschaftsausschuss	1. Lesung: 27.06.2018 in Beratung
7/2242	LReg.	Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Kindertagesförderungsgesetzes (KiföG M-V)	Sozialausschuss	1. Lesung: 27.06.2018 in Beratung
7/2247	BMV	Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Mecklenburg-Vorpommern	-	1. Lesung: 27.06.2018 Überweisung abgelehnt
7/2248	BMV	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes für das Land Mecklenburg-Vorpommern	Innen- und Europaausschuss	1. Lesung: 27.06.2018 in Beratung
7/2256	SPD, CDU, DIE LINKE	Entwurf eines Sechzehnten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern (Abgeordnetengesetz M-V)	Rechtsausschuss	1. Lesung: 27.06.2018 in Beratung

## Abgeschlossen im Plenum am 27., 28. und 29. Juni 2018 entschieden

Stand: 10.07.2018

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
7/1321	Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Landesrechts zur Umweltverträglichkeitsprüfung und zur Änderung anderer Rechtsvorschriften	LReg.	1. Lesung 14.12.2017 2. Lesung 27.06.2018	angenommen
7/1800	Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Juristenausbildungsgesetzes	LReg.	1. Lesung 14.03.2018 2. Lesung 27.06.2018	angenommen
7/1814	Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	BMV	1. Lesung 14.03.2018 2. Lesung 27.06.2018	abgelehnt
7/1820	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Beamtengesetzes für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Landesbeamtengesetz M-V)	DIE LINKE	1. Lesung 14.03.2018 2. Lesung 27.06.2018	abgelehnt
7/1931	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung vergaberechtlicher Vorschriften	LReg.	1. Lesung 25.04.2018 2. Lesung 27.06.2018	angenommen
7/1982	Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Landeshochschulgesetz M-V)	AfD	1. Lesung 26.04.2018 2. Lesung 27.06.2018	abgelehnt
7/1992	Entwurf eines Gesetzes über die Sicherung von Tariftreue und Mindestarbeitsbedingungen sowie fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Tariftreue- und Vergabegesetz M-V)	DIE LINKE	1. Lesung 25.04.2018 2. Lesung 27.06.2018	abgelehnt
7/2144	Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Landesrechts im Bereich des Ministeriums für Landwirtschaft und Umwelt an die Verordnung (EU) 2016/679 und zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Flurbereinigungsgesetz	LReg.	1. Lesung 30.05.2018 2. Lesung 27.06.2018	angenommen



## Weitere Beschlüsse

### Landesbeauftragte einstimmig wiedergewählt

Anne Drescher bleibt Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Die Abgeordneten stimmten einstimmig für eine zweite Amtszeit der Historikerin. Die Anerkennung ihrer Arbeit über alle Fraktionen hinweg zeigte sich auch in der Entscheidung, abweichend von in der Regeln geheimer Abstimmung bei Personalentscheidungen eine offene Abstimmung mit Handzeichen durchzuführen.

Die Landesbehörde verwaltet die Unterlagen des DDR-Geheimdienstes, berät Opfer des SED-Regimes und arbeitet die Tätigkeit der Stasi wissenschaftlich auf. Der oder die Landesbeauftragte wird auf Vorschlag der Landesregierung vom Landtag für die Dauer von fünf Jahren gewählt. Maximal sind zwei Amtszeiten möglich.

*Wahlvorschlag Landesregierung  
Drucksache 7/2255*

Foto: Cornelius Kettler



*Anne Drescher leitet für weitere fünf Jahre die Landesbehörde für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR.*



Foto: Landtag M-V

*Am 4. September übergaben Vertreter der Volksinitiative „Faire Straße“ an Vizepräsidentin Beate Schlupp nach eigenen Angaben mehr als 40.000 Unterstützer-Unterschriften für die Abschaffung der Gebührenpflicht für Anlieger beim Ausbau der Straße vor ihrem Grundstück. Jetzt prüft die Landtagswahlleiterin, ob die erforderliche Anzahl von 15.000 gültigen Stimmen erreicht wurde. Dann muss sich der Landtag erneut mit dem Anliegen befassen.*

### Straßenausbaubeiträge

Der Landtag hat erneut über die Straßenausbaubeiträge diskutiert. Grund war ein Gesetzentwurf der BMV. Dieser sieht vor, gänzlich auf die Beitragserhebung zu verzichten und die fehlenden Einnahmen mit Steuermitteln des Landes und der Kommunen zu kompensieren. Innenminister Lorenz Caffier bezeichnete die neuerliche Debatte als „Show“ und erinnerte daran, dass sich der zuständige Innenausschuss bereits mit Anträgen und Argumenten zu dem Thema befasse. Hier wären die Vorschläge seiner Meinung nach besser aufgehoben gewesen als in einer neuerlichen Landtagsdebatte. Er warnte zudem davor, die Straßenausbaubeiträge in der Finanzierungsfrage gegen andere Projekte auszuspielen. Der Gesetzentwurf wurde zur weiteren Beratung in die Ausschüsse überwiesen.

*Gesetzentwurf BMV Drucksache 7/2248*

### Mindestlohn für öffentliche Aufträge

Land und Kommunen dürfen öffentliche Aufträge nur noch an Unternehmen vergeben, die ihren Mitarbeitern einen Stundenlohn von mindestens 9,54 Euro zahlen. Das sind 70 Cent mehr als der aktuelle bundesweite gesetzliche Mindestlohn. Dieser vergabespezifische Mindestlohn soll zudem jähr-

lich angepasst werden – erstmals zum 1. Oktober 2018. Das hat der Landtag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen beschlossen. AfD und BMV stimmten gegen den Gesetzentwurf, DIE LINKE enthielt sich. Eine deutliche Meinung zu dem Thema hatten auch die Vertreter der Vereinigung der Unternehmensverbände, der Wirtschaftskammern, der kommunalen Spitzenverbände und des Eine-Welt-Landesnetzwerkes, die in einer öffentlichen Anhörung im Wirtschaftsausschuss Gelegenheit hatten, zu den Plänen Stellung zu nehmen (wir berichteten im Heft 5-2018). Mit Ausnahme des Eine-Welt-Landesnetzwerkes lehnten alle Anzuhörenden einen vergabespezifischen Mindestlohn ab. Ihre Hauptargumente: Zu wenig Nutzen, zu viel Bürokratie, ausreichende Regelungen auf Bundes- und EU-Ebene. Keine Mehrheit im Plenum fand der Gesetzentwurf der Linken, bei öffentlichen Aufträgen, wo immer möglich, Tariftreue zu fordern, mindestens aber einen Bruttostundenlohn, der der untersten Entgeltstufe im Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder entspricht. SPD, CDU, AfD und BMV lehnten solch ein Tariftreue- und Vergabegesetz ab.

*Gesetzentwurf Landesregierung*

*Drucksache 7/1931*

*Beschlussempfehlung*

*Wirtschaftsausschuss 7/2284*

*Gesetzentwurf DIE LINKE*

*Drucksache 7/1992*



## Landesverfassung

Der Ministerpräsident oder die Ministerpräsidentin des Landes kann weiterhin unbegrenzt wiedergewählt werden. Der Vorschlag der BMV, künftig nur eine Wiederwahl zuzulassen und damit die Amtszeit auf maximal zehn Jahre zu begrenzen, wurde mit den Stimmen von SPD, CDU und DIE LINKE in Zweiter Lesung abgelehnt. Da noch kein Ministerpräsident länger als zehn Jahre im Amt gewesen sei, bestehe kein Handlungs- oder Diskussionsbedarf, so die Koalitionsfraktionen. Diese hatten nach der Ersten Lesung am 14. März 2018 mit ihrer Mehrheit auch eine Ausschussüberweisung abgelehnt, sodass der Gesetzentwurf nun ebenfalls – wie in der Geschäftsordnung festgelegt – automatisch zur Zweiten Lesung auf die Tagesordnung gesetzt worden war.

*Gesetzentwurf BMV  
Drucksache 7/1814*

## Verbeamtung

Das Höchstalter für Verbeamtungen wird nicht von 40 auf 45 Jahre angehoben. DIE LINKE wollte mit ihrem Vorstoß dem Beispiel anderer Bundesländer folgen und sah darin einen wichtigen Baustein zur Sicherung von Fachkräften. Ihren Gesetzentwurf zur entsprechenden Novellierung des Landesbeamtengesetzes hatte der Landtag am 14. März 2018 in Erster Lesung behandelt, eine Überweisung in die Ausschüsse jedoch abgelehnt. Entsprechend der Geschäftsordnung wird ein Gesetzentwurf dann automatisch spätestens nach drei Monaten zur Zweiten Lesung auf die Tagesordnung des Plenums gesetzt. In der Aussprache erinnerten die Koalitionsfraktionen erneut daran, dass das Land im Gegenzug für die Verbeamtung von Lehrern das Höchstalter erst 2015 von 45 auf 40 Jahre heruntergesetzt hat. Die AfD verwies auf bereits bestehende hohe Pensionslasten. Am Ende der 18-minütigen Zweiten Lesung wurde der Gesetzentwurf endgültig abgelehnt.

*Gesetzentwurf DIE LINKE  
Drucksache 7/1820*

## Studiengebühren

Studenten, die nicht aus Deutschland oder Ländern der EU kommen, müssen auch künftig keine Studiengebühren an den Hochschulen des Landes zahlen. SPD, CDU, DIE LINKE und BMV erteilten der AfD-Forderung, eine Gebühr von 500 Euro pro Semester zu erheben, eine Absage. Die AfD begründete ihren Vorschlag mit einem erhöhten Betreuungsaufwand von internationalen Studenten. Das Geld aus den Gebühren könne zum Beispiel für spezielle Sprachkurse verwendet werden. Die breite Ablehnung einer entsprechenden Änderung des Landeshochschulgesetzes war bereits am 26. April 2018 bei der Ersten Lesung zum AfD-Gesetzentwurf deutlich geworden. Da seinerzeit eine Ausschuss-Überweisung abgelehnt worden war, griff auch hier die Festlegung in der Geschäftsordnung: Zweite Lesung und Schlussabstimmung spätestens nach drei Monaten.

*Gesetzentwurf AfD Drucksache 7/1982*

## Beamtenstatus für Rechtsreferendare

Der Arbeitsmarkt für Juristen steht vor einem Fachkräftemangel. Um dem entgegenzuwirken, geht Mecklenburg-Vorpommern im Wettbewerb um juristischen Nachwuchs für Gerichte und Staatsanwaltschaften einen neuen Weg: Als erstes Bundesland bietet es Rechtsreferendaren die Möglichkeit, verbeam-

tet zu werden. Hinzu kommt: Um ihre Noten zu verbessern, können Absolventen ihre Pflichtfachprüfung gegen Gebühr nun auch außerhalb des Freiversuchs wiederholen. Die Änderungen im Juristenausbildungsgesetz sollen zum 1. Dezember 2018 in Kraft treten.

*Gesetzentwurf Landesregierung  
Drucksache 7/1800*

*Beschlussempfehlung Rechtsausschuss  
Drucksache 7/2283*

## Kita-Beiträge

Eltern, die mehr als ein Kind in einer Kita oder von einer Tagesmutter betreuen lassen, zahlen von Januar 2019 an weniger Elternbeiträge. Denn dann soll die so genannte Geschwisterregelung in Kraft treten, wonach ab dem zweiten Kind die Selbstbeteiligung für Familien entfällt. Diese Beitragsfreiheit soll auch dann bestehen bleiben, wenn das erste Kind aus der Kindertagesförderung ausscheidet. Das Land rechnet für 2019 mit Mehrausgaben von rund 30 Millionen Euro. Damit die Beitragsfreiheit in Kraft treten kann, muss das Kindertagesförderungsgesetz (KiföG) geändert werden. Der Gesetzentwurf wurde nach der Ersten Lesung am 27. Juni zur weiteren Beratung in den Sozialausschuss (federführend) sowie den Innenausschuss und den Finanzausschuss (mitberatend) überwiesen.

*Gesetzentwurf Landesregierung  
Drucksache 7/2242 (neu)*



Foto: Jens Büttner

*Für Geschwisterkinder soll ab 2019 die Kita kostenlos sein.*

## Blick über den Tellerrand

Landtagsausschüsse auf Informationstour im In- und Ausland



Foto: Landtag M-V

Der Finanzausschuss im Plenarsaal des EU-Parlaments

### Finanzausschuss in Brüssel

■ Der Finanzausschuss weilte vom 5. bis 7. Juni zu einem Informationsbesuch in Brüssel, um sich mit Abgeordneten des Europaparlaments, Vertretern der Europäischen Kommission, der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Brüssel und des Informationsbüros des Landes M-V sowie der Europäischen Zentralbank (EZB) über die neuesten Entwicklungen in den für Mecklenburg-Vorpommern wichtigsten Politikbereichen auszutauschen.

Im Gespräch mit EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger stand der neue mehrjährige Finanzrahmen (MFR) im Fokus. Bei der Aufstellung des auf eine Laufzeit von sieben Jahren ausgelegten Haushaltsplans seien besondere Herausforderungen zu berücksichtigen, so Oettinger. Das sei einerseits der Brexit und damit der Verlust des zweitgrößten Nettozahlers, zudem hätten die Mitgliedstaaten neue Aufgaben auf die europäische Ebene übertragen. Insbe-

sondere ging Oettinger auf die von der Kommission vorgeschlagene Erhöhung der Einzahlungen der Mitgliedstaaten sowie die vorgeschlagenen Mittelkürzungen ein.

Der neue MFR und die Regionalpolitik waren auch Thema bei einem Treffen mit einer Abgeordneten des EU-Parlaments. Durch den EU-Austritt des zweitgrößten Nettozahlers Großbritannien müssten 12 bis 15 Milliarden Euro Mindereinnahmen kompensiert werden. Deutschland würde etwa ein Viertel der bisherigen Mittel im Bereich der Strukturpolitik weniger bekommen, was neben dem insgesamt geringeren Haushalt der EU auch auf die gute Entwicklung in Ostdeutschland in den letzten Jahren zurückzuführen sei. Trotz aller Diskussionen und Probleme, so das Plädoyer der EU-Politikerin, sei die EU ein wichtiges Gut, das sich alle Mitglieder zusammen erarbeitet hätten und für das es sich lohne, sich einzusetzen, da letztlich alle Mitglieder nur davon profitieren könnten.

Auch der Mitarbeiter aus dem Büro des Wirtschafts- und Währungskommissars Moscovici betonte bei seinem Treffen mit den Ausschussmitgliedern, dass in bestimmten Bereichen, wie etwa der Umweltpolitik, der Sicherheit und der Flüchtlingspolitik, nur die EU gemeinsam und nicht jeder Mitgliedstaat allein für sich etwas erreichen könne.

Im EU-Informationsbüro von Mecklenburg-Vorpommern informierten sich die Ausschussmitglieder über Aufgaben und Arbeitsweise des Büros. Sie erfuhren, dass die verschiedenen Landesvertretungen in Brüssel eng zusammenarbeiten, um die vielen Informationen und Unterlagen, insbesondere die umfangreichen Dossiers zu Verordnungsentwürfen und dergleichen, überhaupt in angemessener Zeit ver- und aufarbeiten zu können. Über die sogenannten „Europainformationen“ gelangen die vom Informationsbüro zusammengestellten Daten und Fakten dann auch an den Innen- und Europaausschuss des Landtages, der wiederum die jeweils fachlich mitzuständigen Ausschüsse informiert.



Thema beim Treffen mit einem Mitarbeiter der Europäischen Zentralbank (EZB) war die aktuelle Zinspolitik. Der EZB-Vertreter erläuterte den MV-Abgeordneten, dass die EZB bei ihren Maßnahmen immer die Eurozone insgesamt und nicht nur einen einzelnen Mitgliedstaat im Blick hat. Hintergrund sei, dass sich alle Mitgliedstaaten in den Verträgen dazu verpflichtet haben, eine Preisstabilität in der Eurozone insgesamt zu gewährleisten. An diese geltende Vertragslage würden sich auch die einzelnen Vertreter aus den Mitgliedstaaten im Zentralbankrat halten.

In der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU informierten sich die Ausschussmitglieder über die Sichtweise des Bundes zum Vorschlag der Kommission für den neuen MFR sowie über den Stand und den Zeitplan der Brexit-Verhandlungen.

*Der Innen- und Europaausschuss bei seiner Informationsreise nach Großbritannien – hier vor der Queens Gallery in Edinburgh.*

## Innenausschuss in Großbritannien

■ Der Innen- und Europaausschuss reiste vom 4. bis 8. Juli zum Informationsaustausch mit Politikern und Fachleuten nach Großbritannien. Um sich einen größtmöglichen Überblick gerade auch über die Stimmungen und Meinungen zum Brexit zu verschaffen, hat der Ausschuss sowohl in London als auch in Edinburgh, der Hauptstadt Schottlands, Station gemacht.

Hauptthema der Ausschuss-Reise war der Brexit und seine Auswirkungen auf den Bereich des Innenministeriums und der Wirtschaft. Das Bleiberecht, das Meldewesen, die kommunalen Herausforderungen und Fragen zur Staatsangehörigkeit wurden im Lichte des Brexit ausführlich beleuchtet. Die Innenpolitiker interessierten sich aber auch für die innere Sicherheit, die Integration vor dem Hintergrund der Flüchtlingsbewegungen und als Medienausschuss für die Einhaltung der Standards in der englischen Presse.

Besonders beeindruckend war der Besuch bei der Metropolitan Police. 17.000 öffentliche Kameras werden tagtäglich ausgewertet und sorgen für Sicherheit auf den Straßen Londons. Der Vorsitzende des Ausschusses, **Marc Reinhardt**, konstatiert mit Blick auf die Diskussionen zur Kameraüberwachung des Marienplatzes in Schwerin, dass die Strafverfolgung erheblich erfolgreicher ist, wenn es Videomaterial über Vorfälle an öffentlichen Plätzen gibt. In London und ganz Großbritannien gehören Kameras zum öffentlichen Leben dazu, und die Kommunen nehmen dadurch ihren Auftrag wahr, für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu sorgen.

Wichtig ist in Großstädten überdies der Umgang mit Großschadens- bzw. Katastrophenlagen. Im britischen Innenministerium wurden die Ausschussmitglieder über die Rettungsstrategien und Organisation der Feuerwehren und zum Katastrophenschutz unterrichtet. Insbesondere in Spezialeinheiten (Suchtruppen für den städtischen Bereich, Hochleistungspumpen und die ABC-Abwehr)



Foto: Landtag M-V



sind in den letzten Jahren ca. 20 Mio. Pfund pro Jahr mehr investiert worden. Bei der Feuerwehr wurden einige Einheiten auch für Einsätze bei Terroranschlägen ausgebildet. Dazu wurde auch deren Ausrüstung, u.a. durch schuss-sichere Westen, erweitert.

Der Aufenthalt in Schottland brachte interessante Einblicke in die Denkweise eines pro Europa eingestellten Teils des Vereinigten Königreiches. In Schottland hatten 62 Prozent der Wähler für den Verbleib in der Europäischen Union gestimmt. Die Mitglieder des Innen- und Europaausschusses trafen sich mit Vertretern des Ausschusses für Gleichstellung und Menschenrechte, mit dem Minister für Internationale Entwicklung und Europa, mit Abgeordneten des Ausschusses für Kultur, Tourismus, Europa und Auswärtige Fragen sowie mit Vertretern des Flüchtlingsrates. Festzustellen war, dass im dortigen Parlament eine große Einigkeit darüber herrscht, dass der Brexit für Großbritannien viele Verschlechterungen bedeuten wird. Schottland hat, ganz ähnlich wie Mecklenburg-Vorpommern, mit der demographischen Entwicklung zu kämpfen. Der Verbleib von Unionsbürgern und auch die Integration von Zuwanderern sowie die Gewinnung von jungen Menschen und Familien aus ganz Europa und darüber hinaus wird in Schottland als wesentliche Zukunftsaufgabe gesehen.

Neben dem Thema Brexit informierten sich die Parlamentarier aus M-V auch dort über die Katastrophenhilfe und Terrorbekämpfung. Besonders interessant war der Besuch der wöchentlichen Befragung von Regierungschefin Sturgeon im Plenarsaal – in der Fragestunde muss sie ohne Vorankündigung aktuelle Fragen aller Art beantworten. Die Stimmung ist im Vergleich zu deutschen Parlamenten lebhafter und direkter.



Foto: Landtag M-V

Empfang durch den Präsidenten der Universität Bologna im sogenannten "Professorenzimmer".

## Wirtschaftsausschuss in Norditalien

■ **Mit Mailand als Zentrum der Industrie- und Ernährungswirtschaft sowie Bologna und seiner Universität bestehen bereits seit einigen Jahren gute wirtschaftliche bzw. wissenschaftliche Beziehungen. Vor allem im Bereich der Gesundheitswirtschaft, Life Sciences und Medizintechnik hat sich – unter anderem auch Dank der Verdienste von Prof. Dr. Dr. Horst Klinkmann, Ehrenprofessor der Universität Bologna – eine enge Zusammenarbeit mit einem intensiven Erfahrungsaustausch zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Bologna entwickelt. Vor diesem Hintergrund hat der Wirtschaftsausschuss seine Unternehmungsfahrt vom 5. bis 8. Juni nach Norditalien durchgeführt.**

In Mailand nahm der Wirtschaftsausschuss am 12. Deutsch-Italienischen Wirtschaftsforum teil, das die Deutsch-Italienische Handelskammer in Zusammenarbeit mit der italienischen Wirtschaftstageszeitung „Il Sole 24 ORE“ organisiert hatte. Hier tauschten sich die Hauptvertreter der wirtschaftlichen, institutionellen und politischen deutsch-italienischen Community über das Thema „Womonomics: Geschlechtergleichheit und wirtschaftliches Wachstum“ aus. Es gab einen Round

Table mit CEOs und Chair(wo)men und eine Präsentation von Best Practices zum Thema „Diversity und Geschlechtergleichheit“. Während etwa 70 Prozent der Deutschen die Gleichstellung von Männern und Frauen wichtig finden, sind in Italien nur etwa 50 Prozent der Menschen hiervon überzeugt. Die vorrangigen Themen für deutsche Frauen sind Lohngleichheit sowie Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Auf die Vereinbarkeit von Job und Familie legen auch die italienischen Frauen großen Wert, neben der persönlichen Sicherheit. Lohngleichheit folgt für sie erst an sechster Stelle.

In Mailand informierte sich der Wirtschaftsausschuss auch über das einzigartige Projekt im Bereich der ökologischen Nachhaltigkeit, das anlässlich der Expo Milano 2015 realisiert worden war. Besonders beeindruckte die Abgeordneten, wie in dem größten Neubaugebiet Mailands die Umweltverträglichkeit in die Bauprojekte eingeflossen ist. So werden beispielsweise die Bäume und Sträucher auf den Terrassen der Hochhäuser „Bosco Verticale“ durch ein ökologisches Bewässerungssystem versorgt.

Schließlich stand der Besuch zweier Unternehmen auf dem Programm, die sich am Stadtrand von Mailand angesiedelt haben: Das Handwerksunternehmen



Abgeordnete des Energieausschusses mit Vertretern des Verbundforschungsprojektes „Netz-Stabil“

Foto: Landtag M-V

Schattdecor sowie das Life-Sciences-Unternehmen Bayer HealthCare Manufacturing. Das mittelständische Unternehmen Schattdecor, innovativer Oberflächenproduzent für die Holzwerkstoff- und Möbelindustrie, ist eines von wenigen Unternehmen in Norditalien, die an dem Pilotprojekt zur Einführung der dualen Berufsausbildung teilnehmen. Anders als in Deutschland oder in Österreich gibt es in Italien und in vielen anderen Ländern der Welt nicht das duale Ausbildungssystem. Daher hat die Deutsch-Italienische Handelskammer gemeinsam mit einzelnen Unternehmen in Norditalien vor zwei Jahren ein Projekt ins Leben gerufen, um auch in Italien dieses Ausbildungssystem, das hohe Anerkennung genießt, zu etablieren.

Im Rahmen der Besichtigung von Bayer HealthCare Manufacturing hatten die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses die Möglichkeit, mit einem Blick durch die „digitale Brille“, die einzelne Produktionsschritte erklärt, die Vorteile von Industrie 4.0 kennenzulernen.

In Bologna, der Hauptstadt der norditalienischen Region Emilia-Romagna, besuchte der Wirtschaftsausschuss natürlich die Universität, die als älteste Universität Europas gilt und insbesondere für ihre Lehrbereiche Rechtswissenschaften und Medizin berühmt ist.

## Energieausschuss in Rostock

■ Am 13. Juni führte eine Fachexkursion den Energieausschuss nach Rostock. Im Fachbereich Informatik der Universität Rostock informierten sich die Abgeordneten über die aktuellen Forschungsschwerpunkte und diskutierten mit den Wissenschaftlern breitere digitale Anwendungsmöglichkeiten der angewandten Forschung im Rahmen der Digitalisierungsstrategie des Landes. Am Nachmittag ließ sich der Ausschuss an gleicher Stelle über den interdisziplinären Forschungsverbund „Netz-Stabil“ und seine Forschungsergebnisse unterrichten. Ziel dieses Projektes ist es, die Stabilität von Stromnetzen zu verbessern, die durch volatile Energien (Wind, Sonne und Biomasse) gespeist werden.

### Institut für Informatik

Eingangs erläuterte der Direktor der Fakultät wichtige Kennzahlen sowie inhaltliche Schwerpunkte des Fachbereichs, der Lehre sowie des Forschungsrahmens und der regionalen Einbindung. Im laufenden Semester werden ca. 850 Studierende unterrichtet, wobei die Zahl der Studienanfänger gegenüber dem Wintersemester 2016/17 erfreulicherweise um 40 Prozent (250 Studierende) gestiegen sei. Für den

Universitätsbetrieb stünden insgesamt 9,3 Mio. Euro zur Verfügung. Zum Forschungsrahmen wurde ausgeführt, dass die Grundlagen- und anwendungsorientierte Forschung im Fokus stünde, wobei interdisziplinäre Fragestellungen dominierten und häufig lebende Systeme untersucht würden.

Die interdisziplinäre Fakultät arbeite eng mit regionalen Institutionen, wie dem Fraunhofer-Institut für Graphische Datenverarbeitung, dem Deutschen Zentrum für Neurodegenerative Erkrankungen sowie dem Max-Planck-Institut für demographische Forschung, zusammen. Darüber hinaus sei man auch intensiv in regionale Unternehmensnetzwerke eingebunden.

Im Rahmen einer Besichtigung von Laboren konnten sich die Abgeordneten ein Bild über ausgewählte Forschungsprojekte machen. Besonderes Interesse fand der Bereich „Entwicklung von Assistenzsystemen“, um menschliches Handeln erkennen und voraussagen zu können. Solche digitalen Systeme könnten zukünftig beispielsweise zur Unterstützung bei der Betreuung und Pflege von Senioren eingesetzt werden und dafür sorgen, dass alte Menschen länger in ihren Wohnungen bleiben könnten. Auch von den Anwendungsbeispielen im Bereich „Medizinische Diagnostik und Früherkennung von Krankheiten“ waren die Ausschussmitglieder beeindruckt. Damit könnten Therapieentscheidungen



für Patienten frühzeitiger getroffen und Krankheiten verhindert bzw. besser therapiert werden. Wichtig in diesem Zusammenhang aber sei, dass medizinische Daten weltweit digital erfasst und über einen Datenpool zur Verfügung gestellt würden. So könnten sich Ärzte auch Wissen über sehr seltene Krankheiten aneignen und über Therapiemöglichkeiten informieren.

### Verbundforschungsprojekt „Netz-Stabil“

Als Landes-Exzellenzinitiative gegründet, befasst sich der interdisziplinäre Forschungsverbund der Universitäten Rostock und Greifswald sowie der Hochschule Stralsund im Schwerpunkt mit dem „netzstützenden Betrieb von Windenergieanlagen“ sowie der „dynamischen Netzstabilisierung durch leistungselektronisch angekoppelte Lasten“. Ziel sind ein permanenter Ausgleich zwischen regenerativer Stromerzeugung und Stromverbrauch über leistungsfähige Netze, eine flexible Stromerzeugung, ein zeitlicher Ausgleich durch Energiespeicherung sowie der Ausgleich über Sektorengrenzen hinweg. Dazu forschen sieben Arbeitsgruppen in den Bereichen „Bioenergieanlagen und Speicher“, „Lasten“, „Sektorenkopplung“, „Netze“, „Windenergieanlagen“, „Rahmenbedingungen und Anreizsysteme“ sowie „Ethik und Technik“. Zentrale Bedeutung für die zukünftige Energieversorgung und den steigenden Anteil Erneuerbarer Energien werden insbesondere Energiespeicher sowie die Sektorenkopplung („intelligente“ Verknüpfen dieser Energieträger mit Energiespeichern) haben. Grundsätzlich können auch veränderte gesetzliche Rahmenbedingungen und wirtschaftliche Anreizsysteme zur Stabilisierung der Netze beitragen. Über technische und monetäre Ansätze hinaus werden auch ethische und sozialwissenschaftliche Aspekte untersucht, um insbesondere Akzeptanzfragen bei der Nutzung bestimmter Anwendungstechniken zu berücksichtigen, die die Netzstabilität positiv beeinflussen könnten.

„Die Digitalisierung schreitet in allen Lebens- und Wirtschaftsbereichen exponentiell voran und kann weitestgehend dem Wohl der Menschen die-

nen“, ist Ausschussvorsitzender **Rainer Albrecht** überzeugt. Voraussetzung dafür seien allerdings zukunftsweisende und leistungsfähige technische Standards, eine flächendeckende Vernetzung über Glasfaserkabel, geschützte Datenpools sowie Schnittstellen und Applikationen, die von wissenschaftlichen Institutionen, Unternehmen aber auch von Privatpersonen gleichermaßen genutzt werden können. „Langfristig sind auch die Vollendung der Energiewende sowie der Umwelt- und Klimaschutz untrennbar mit der Digitalisierung verbunden“, so Albrecht.

### Agrarausschuss setzt Praxistour fort

■ Während seiner letzten Sitzung vor der parlamentarischen Sommerpause am 21. Juni besuchte der Agrarausschuss auf Einladung des Verbandes der Familienbetriebe Land & Forst Mecklenburg-Vorpommern das Gut Groß Kelle (Landkreis Mecklenburgische Seenplatte). Dies war der vierte Auswärtstermin in der laufenden Legislaturperiode. Mitte 2017 hatte der Ausschuss sich in Putbus im Amt für das Biosphärenreservat Südost-rügen kundig gemacht, 2018 die Armin Roder GbR (Viecheln, Landkreis Rostock) und die Landesforschungsanstalt für Landwirtschaft und Fischerei (Gülzow, Landkreis Rostock, und Hohen Wangelin, Landkreis Mecklenburgische Seenplatte) besucht.

„Politischer Wald- und Feldspaziergang“ – unter dieses Motto hatte Bernd von Heydebreck, Vorsitzender des Verbandes und Eigentümer des Gutes Kelle, das Treffen mit den Agrarpolitikern aus dem Landtag gestellt. Zunächst informierte er den Ausschuss über die Tätigkeitsbereiche seines Betriebes. Hierzu gehören neben der Landwirtschaft u. a. eine Biogasanlage, die das erzeugte Gas direkt in das Gasnetz der Stadt Malchow einspeist; die Forst, wobei die Bewirtschaftung durch die Forstbetriebsgemeinschaft Morizaner e. V. erfolgt, sowie ländlicher Tourismus (Ferienwohnungen und Pferdehaltung). Während des „Spaziergangs“, der in Form einer Rundfahrt absolviert wurde, tauschten sich die Abgeordneten

und Gutsbesitzer von Heydebreck über eine Reihe aktueller Themen aus – wie das durch einen eingeschleppten Pilz verursachte Eschensterben, die naturschutzgerechte Grünlandnutzung, die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie und die Tätigkeit der Wasser- und Bodenverbände.

Im Anschluss diskutierten Gastgeber und Gäste in den Räumen der Agrar GmbH Gotthun Probleme, die den Verbandmitgliedern unter den Nägeln brennen: Die Agrarpolitik im Großen (die Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union für den Zeitraum nach 2020) wie im Kleinen (Landesagrarpolitik, Agrarstruktur-Sicherungsgesetz, Einführung einer Höfeordnung).

Neben vielfältigen Informationen nahmen die Agrar- und Umweltpolitikerinnen und -politiker den Wunsch des Verbandes der Familienbetriebe mit in den Landtag, dass der „Wald- und Feldspaziergang“ in den kommenden Jahren eine Fortsetzung finden möge.

### Verband „Familienbetriebe Land und Forst“

Als Dachorganisation von elf Landesverbänden vertritt der Verband die Interessen von bundesweit rund 2.000 Betrieben, hinter denen 50.000 Familienmitglieder, Mitarbeiter und Eigentümer stehen. „Mit unserem Verband engagieren wir uns für den Schutz und die Stärkung privaten Eigentums. Das ist das Fundament für unternehmerische Initiative und die Basis für den Erhalt der Wirtschaftskraft im ländlichen Raum“, heißt es im Leitbild des Verbandes. Der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern hat seinen Sitz in Schwerin.

### Umweltpreis des Landtages



Das Thema für die Neuausschreibung des Umweltpreises lautet „Clevere Lösungen für weniger Kunststoff im Alltag“. Auch diesmal richtet sich die Ausschreibung sowohl an Kinder und Jugendliche („Jugendumweltpreis“) als auch an Einzelpersonen, Personengruppen (Verbände, juristische Personen, Körperschaften, Unternehmen, wissenschaftliche Einrichtungen („Umweltpreis“)).



Fotos: Landtag M-V

Landtags-Vizepräsidentin Beate Schlupp führte Prinzessin Maha Chakri Sirindhorn durch das Schloss.

## Königlicher Besuch

Eine Prinzessin im Schweriner Schloss zu Gast

■ **Königlichen Besuch gab es am 27. Juni im Schweriner Schloss. Prinzessin Maha Chakri Sirindhorn, Schwester des Königs von Thailand Maha Vajiralongkorn, war nach Schwerin gekommen, um sich den Landtag, das Schlossmuseum und die Schlosskirche anzusehen.**

**Beate Schlupp**, Landtags-Vizepräsidentin, begrüßte die Prinzessin und erläuterte bei einem Rundgang die Bedeutung des Schlosses als bauhistorisches Gebäude einerseits und als Sitz des Landesparlaments andererseits. Maha Chakri Sirindhorn besichtigte die historischen Räume des Schlossmuseums und die Schlosskirche. Den neuen Plenarsaal konnte sie in seiner wichtigsten Funktion live erleben, denn dort waren die Abgeordneten zur Plenarsitzung versammelt. Die Prinzessin war sehr beeindruckt vom Gebäude, seiner aufwändigen Sanierung und multifunktionalen Nutzung.

Der Besuch in Schwerin hatte auch einen familiengeschichtlichen Hinter-

grund: Der Urgroßvater der Prinzessin, König Chulalongkorn von Siam (1853-1910), hatte sein Land nach westlichen Wertmaßstäben modernisiert. Er knüpfte direkte Kontakte zu den europäischen Herrscherhäusern, ließ mehrere seiner Söhne in Europa ausbilden, reiste selbst zweimal für mehrere Monate nach Europa und besuchte dabei im August 1897 die mecklenburgische Residenz Schwerin. Im Landeshauptarchiv konnte Prinzessin Sirindhorn anhand der überlieferten Archivalien die Einzelheiten des Schwerin-Aufenthaltes des Urgroßvaters nachvollziehen und die einzige überlieferte Fotografie von König Chulalongkorn in Schwerin anschauen.

Auch wenn der Besuch in Schwerin ein Privattermin der Prinzessin war, wurde sie von einer rund 25-köpfigen Entourage begleitet, der unter anderem auch der Botschafter des Königreichs Thailand, Dhiravat Bhumichitr, angehörte.



Zur Erinnerung an ihren Besuch im Schweriner Schloss schenkte Beate Schlupp Prinzessin Maha Chakri Sirindhorn auch ein Glas Schweriner Schlosshonig.



Prinzessin Maha Chakri Sirindhorn trug sich im Beisein des Botschafters des Königreichs Thailand, Dhiravat Bhumichitr, in das Gästebuch des Landtages ein.

Prinzessin Maha Chakri Sirindhorn ist die Tochter von König Bhumibol Adulyadej und Königin Sirikit Kitiyakara und Schwester des jetzigen Königs von Thailand, Maha Vajiralongkorn. Als Generalin des thailändischen Heeres, Admiralin der thailändischen Marine und Generalin der thailändischen Luftwaffe gehört sie zu den höchsten Repräsentanten des Königreichs Thailand. Die promovierte Historikerin und Sprachwissenschaftlerin engagiert sich in einer Reihe gemeinnütziger Projekte und Organisationen. Seit 1977 ist sie Exekutivizedirektorin der Thailändischen Rotkreuz-Gesellschaft. Daneben steht sie mehreren Stiftungen des Königshauses vor. Für ihr vielseitiges Engagement erhielt sie zahlreiche internationale Ehrungen. 1984 wurde ihr der Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland verliehen.



## Wochenende unter Sternen

Sternenpaten am 20./21. Oktober eingeladen

■ 8758 goldene Sterne zieren das Deckengewölbe der Schlosskirche. Im Rahmen der Spendenaktion „Kauf dir deinen Stern vom Himmel“ konnte man symbolisch Sterne erwerben und so die Sanierung der Schlosskirche unterstützen. Mittlerweile haben alle Sterne ihre Paten gefunden - oft verbinden die Spender mit „ihrem“ Stern Erinnerungen an vertraute Menschen.

Alle, die einen Stern „haben“, lädt die Schlosskirchen-Gemeinde am 3. Oktober-Wochenende zu einer Abendmusik „Traumhaftes unter dem Sternenhimmel“ mit der Harfenistin Sophia Warczak ein:

**Sonnabend, 20. Oktober, 17.00 Uhr.**

Im Anschluss daran und auch schon bei den regulären Führungen (14.00 und 15.00 Uhr) wird Zeit sein, den eigenen



Foto: Jörn Lehmann

Stern zu finden. Es empfiehlt sich, dafür die Koordinaten des eigenen Sterns mitzubringen.

Am Sonntag um 10.00 Uhr schließt sich ein Gottesdienst unter Sternen an.

Auch im Anschluss daran wird eine Führung angeboten.

Informationen:

Gemeindebüro 0385 / 562567

[www.schlosskirche-schwerin.de](http://www.schlosskirche-schwerin.de)



## LN-Bienen-Rätsel gelöst

■ Bienen zählen – nichts leichter als das, mochte manche/r beim Sommerrätsel der LandtagsNachrichten (Ausgabe 5-2018) gedacht haben. So leicht war es dann aber doch nicht – unser Grafiker hatte offenbar ein Bienchen ganz besonders gut versteckt. Viele der weit über 100 Leserinnen und Leser, die uns ihre Antwort geschickt haben, hatten 17 Bienen gezählt. Dicht vorbei ist auch daneben, wie es im Volksmund heißt. Tatsächlich waren nämlich 18 Bienen im Heft versteckt.

Inzwischen sind die Gewinner ausgelost, und bei den meisten ist der Schloss-Honig, der per Post ins Haus geliefert wurde, vermutlich längst verpeist. Hoffentlich hat er geschmeckt –



Schloss-Imker Mirko Lunau bei der Honigernte.

fleißig waren die Schlossbienen auf jeden Fall. Sage und schreibe 95 kg Honig konnte Imker Mirko Lunau bisher von den fünf Bienenvölkern auf dem

Schweriner Schlosdach ernten!

Der Hauptpreis übrigens – eine Fahrt in den Landtag mit Exklusivprogramm – ging nach Rehna.

Foto: Landtag M-V

Foto: Cornelius Kettiler



Schloss-Innenhof

## Bauen am Schloss

■ Sommerzeit ist Bauzeit – auch am Schweriner Schloss. Davon zeugen mehrere Gerüste an den Außenfassaden, und auch im Innenhof wird geschaufelt und gehämmert.

### Innenhof

Nachdem ab dem Frühjahr die Schweriner TUK (Tief- und Kulturbau) GmbH bereits große Teile des Schloss-Innenhofs nach historischem Vorbild neu gepflastert hat, werden die Arbeiten nach der „Dracula-Pause“ fortgeführt. Wenn das Wetter mitspielt, wollen Tommi Samek, Marvin Herbes, Nando Dost, Rüdiger Krebs (v. l.) und Kollegen das letzte Viertel bis November fertig pflastern. Die Arbeit ist nicht nur fachlich herausfordernd, die TUK-Männer müssen ihre lärmintensive Arbeit auch mit dem Parlament und der Schlosskirche abstimmen.

### Westturm

Voraussichtlich Anfang November fällt das Gerüst am Westturm. Noch wird im Auftrag des Landesbetriebes für Bau und Liegenschaften (BBL) hinter den sandsteinfarbenen Planen fleißig gewerkelt: die Fassade gereinigt und neu verputzt, Kupferbleche überprüft und repariert, Fenster kontrolliert und neu gestrichen. Ab November soll dann das Gerüst Stück für Stück abgebaut werden.

### Balkon Schlosscafé

Hinter diesem Gerüst befindet sich der Balkon des Schlosscafés. Der Balkonfußboden erhält einen neuen Plattenbelag, damit kein Wasser in das Gebäude eindringen kann. Das Gerüst wird zugleich dafür genutzt, die Fassade instand zu setzen. Diese Maßnahmen im Rahmen des laufenden Bauunterhalts sollen bis zum Jahresende abgeschlossen werden.

Fotos: Landtag M-V



Westturm



Balkon Schlosscafé

## Landtag spendet Sommerfest-Einnahmen für Projekte der Zivilgesellschaft

Mit den Einnahmen aus seinem traditionellen Sommerfest in Höhe von 7.638 Euro unterstützt der Landtag in diesem Jahr eine Demokratie-Initiative und ein deutsch-rumänisches Schüler-Projekt. 2.988 Euro aus dem Verkauf der Tombola-Lose kommen dem Projekt „Deutsch-Rumänische-Israelische Jugendbegegnung – Jüdisches Leben vor, während und nach der Shoah“ zugute. Seit 2011 arbeiten Jugendliche der Europaschule Rövershagen mit Unterstützung des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge in der rumänischen Kleinstadt Radauti (deutsch Radautz) gemeinsam mit einheimischen Jugendlichen und beschäftigen sich mit der jüdischen Geschichte der Stadt.

Der Verein ‚WIR. Erfolg braucht Vielfalt‘ erhält 4.650 Euro, die über den Verkauf von Speisen und Getränken eingenommen wurden. Die Initiative setzt sich für ein demokratisches, freiheitliches und weltoffenes Mecklenburg-Vorpommern ein. Das jährliche Sommerfest des Landtages findet traditionell vor Beginn der parlamentarischen Sommerpause statt. Eine gute Möglichkeit für über 600 Gäste aus Politik, Wirtschaft, Sport und Kultur, von Vereinen und Verbänden, jenseits des politischen Alltags mit den Landtagsabgeordneten ins Gespräch zu kommen, Kontakte zu knüpfen bzw. zu pflegen und dabei die herrliche Umgebung des „schönsten Landtags“ in Deutschland zu genießen.





Während seiner dreiwöchigen Tour von Polen nach Holland machte der älteste Rolls-Royce-Club der Welt – der 20-Ghost-Club – Mitte Juli Station am Schweriner Schloss. Zu bestaunen gab es rund 20 spektakuläre Rolls-Royce – alle vor 1940 gebaut. Viele der Oldtimer waren somit älter als ihre Fahrer! Ein besonderer Hingucker war das Gefährt von Ron Elenbass aus Florida, der seinen RR Baujahr 1911 per Schiff zum Start nach Danzig gebracht hatte. Auf der Welt gebe es nur ein einziges weiteres baugleiches Exemplar, sagte der gebürtige Holländer stolz. Den Stopp der Tour in Schwerin hatte die Wahl-Schwerinerin Irene Wiens vom „Rolls-Royce Enthusiasts Club Germany“ organisiert.

Sie sind nicht zu übersehen: die lebensgroßen Porträts von Menschen, die sich von Alexa Seeberg „andersrum“ fotografieren ließen. „Andersrum“ – diesen Titel gab die Hamburger Fotografin ihre Open-Air-Ausstellung, die noch bis zum 30. September in Schwerin an der Schlosspromenade, vor dem Schleswig-Holstein-Haus und im Stadthaus zu sehen ist. Wer sich von ihr andersrum fotografieren lasse, setze mit seinem Porträt ein individuelles Zeichen für das „Andersrum-Sein“, gegen Homophobie und Heterosexismus – unabhängig von der eigenen sexuellen Orientierung oder Identität, so die Fotokünstlerin. Mit mehr als 3800 „Andersrum“-Porträts, die für Vielfalt und Akzeptanz werben, ist das internationale Kunstprojekt weltweit einzigartig.

Pünktlich zum Schuljahresbeginn ist auch der SSC Palmberg Schwerin offiziell in die Vorbereitung auf die neue Saison eingestiegen. Wenn die aktuellen Deutschen Volleyball-Meisterinnen für ihre Mission Titelverteidigung wieder bundesweit aufschlagen, ist das Schweriner Schloss immer mit auf dem Spielfeld: Wie im Vorjahr zielt es die Trikots. Hier Libera Elli Lohmann (l.) und Mittelblockerin Lauren Barfield beim Fotoshooting vor dem Original.

Daumen hoch für drei schöne Stunden im Schweriner Schloss! Im Rahmen ihres Rostocker Sommercamps besuchten 24 Mädchen und Jungen aus der Ukraine zusammen mit ihren Betreuerinnen und Betreuern am 15. August den schönsten Landtagssitz Deutschlands. Sie erfuhren dabei, wer der Mann auf dem weißen Pferd über dem Hauptportal ist, dass im neuen Plenarsaal 71 Landtagsabgeordnete die Gesetze für Mecklenburg-Vorpommern beraten und beschließen, dass man über 30 frühere Wohn- und Festräume der Mecklenburgischen Herzöge besichtigen kann, dass es im Schloss sogar eine Kirche gibt – und dass das Eis im Orangeriecafé nach dem vielen Treppauf und Treppab an einem heißen Sommertag besonders lecker ist!

Foto: Unifer International GmbH

